



Ilja Mieck

Kleine Wirtschaftsgeschichte der neuen Bundesländer

Geschichte

Franz Steiner Verlag

Ilja Mieck
Kleine Wirtschaftsgeschichte der neuen Bundesländer

vakat

Ilja Mieck

Kleine Wirtschaftsgeschichte der neuen Bundesländer



Franz Steiner Verlag Stuttgart 2009

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

ISBN 978-3-515-09182-4

Jede Verwertung des Werkes außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Übersetzung, Nachdruck, Mikroverfilmung oder vergleichbare Verfahren sowie für die Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen.

© 2009 Franz Steiner Verlag, Stuttgart

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier

Druck: Printservice Decker & Bokor, München.

Printed in Germany

INHALTSVERZEICHNIS

Einführung	
Zur Problematik einer Wirtschaftsgeschichte Deutschlands.....	9
1. Die Zeit bis 1945	13
1.1. Brandenburg: Von der „Streusandbüchse“ zur Industrialisierung	13
1.1.1. Grundzüge der politischen Entwicklung	13
1.1.2. Anfänge der Wirtschaftstätigkeit	15
1.1.3. Die Zeit von 1640 bis 1786	16
1.1.4. Wirtschaftsentwicklung bis 1871	22
1.1.5. Von der Reichsgründung bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges	28
1.2. Mecklenburg-Vorpommern: Vom Multi-Territorium zum Doppelland	35
1.2.1. Ein besonderer Anfang	35
1.2.2. Entstehung und erste Konsolidierung der Herzogtümer	
Mecklenburg und Pommern	37
1.2.2.1. Mecklenburg.....	37
1.2.2.2. Pommern	42
1.2.3. Schwerpunkte von Wirtschaft und Handel im Mittelalter.....	44
1.2.4. Frühneuzeitliche Wirtschaftsstrukturen (16. – 18. Jahrhundert)	52
1.2.4.1. „Reformation“ und Entstehung der Gutsherrschaft	52
1.2.4.2. Der Dreißigjährige Krieg und seine Folgen	56
1.2.5. Wirtschaft und Gesellschaft von etwa 1815 bis zum Ende	
des Ersten Weltkrieges	64
1.2.5.1. Mecklenburg.....	64
1.2.5.2. Pommern	70
1.2.6. Weimarer Zeit und Nationalsozialismus (1919–1945).....	73
1.3. Sachsen: Gewerbe – Messen – Industrie	76
1.3.1. Die Anfänge städtischen Gewerbelebens im sächsischen Raum.....	79
1.3.2. Ausbau und Konsolidierung der Wirtschaftsstrukturen	
im Zeitalter der Reformation.....	84
1.3.3. Rückschläge, Stagnation, Erholung (17. und 18. Jahrhundert).....	87
1.3.4. Der Weg zum Industriestaat	92
1.3.5. Die Wirtschaft Sachsens nach dem Ersten Weltkrieg.....	96
1.4. Sachsen-Anhalt: Landwirtschaft und Großindustrie.....	97
1.4.1. Schwierige Geburt des Bundeslandes Sachsen-Anhalt	98
1.4.2. Historische Wurzeln des Landes Sachsen-Anhalt	100
1.4.3. Wirtschaftsaktivitäten im Mittelalter	
und in der vorindustriellen Zeit	112
1.4.4. Der Weg zum Wirtschaftsraum Sachsen-Anhalt (bis etwa 1920) ...	119
1.4.5. Weimarer Zeit und Nationalsozialismus (um 1920–1945).....	125

1.5. Thüringen: Agrarland – Gewerberaum – Industriestandort	129
1.5.1. Politische Voraussetzungen und mittelalterliche Wirtschaftsgrundlagen	129
1.5.2. Wirtschaftsentwicklung bis etwa 1840/1850.....	134
1.5.3. Die Phase der Industrialisierung.....	146
1.5.4. Thüringens Wirtschaft im Ersten Weltkrieg und in der Weimarer Republik	150
1.5.5. Thüringens Kriegs- und Rüstungswirtschaft in der NS-Zeit.....	152
2. SBZ- und DDR-Zeit (1945–1990).....	157
2.1. Übergreifende Leitlinien der wirtschaftlichen Entwicklung.....	157
2.2. Strukturveränderungen in den neuen Wirtschaftsregionen.....	172
2.2.1. Brandenburg/Drei Bezirke (Cottbus, Frankfurt/O., Potsdam).....	172
2.2.2. Mecklenburg-Vorpommern/Drei Bezirke (Neubrandenburg, Rostock, Schwerin)	178
2.2.3. Sachsen/Drei Bezirke (Chemnitz, Dresden, Leipzig).....	182
2.2.4. Sachsen-Anhalt/Zwei Bezirke (Halle, Magdeburg)	185
2.2.5. Thüringen/Drei Bezirke (Erfurt, Gera, Suhl).....	190
3. Die neuen Bundesländer (seit 1990).....	195
3.1. Allgemeine Entwicklungstendenzen.....	195
3.1.1. Die „Treuhand“.....	195
3.1.2. Grenzüberschreitende Problembereiche.....	198
3.1.2.1. Uranerz-Abbau	199
3.1.2.2. Stahlwerk-Standorte	200
3.1.2.3. Tagebau-Regionen und Braunkohle-Diskussionen	202
3.1.2.4. Renaturierungen, erneuerbare Energiequellen und andere Bodenschätze.....	209
3.1.2.5. Militärische Übungsplätze.....	213
3.1.3. Aktuelle Probleme (Arbeitslosigkeit, Abwanderungen, Fördermittel u.a.).....	214
3.2. Wirtschaftsprobleme in den neuen Bundesländern.....	227
3.2.1. Brandenburg	227
3.2.1.1. Situation bis etwa 2005	227
3.2.1.2. Brandenburgs neue Förderpraktiken (seit etwa 2005)	234
3.2.1.3. Einige in Brandenburg unterstützte „Wachstumskerne“	236
3.2.1.4. Brandenburgische Landwirtschaft als Berlin-Lieferant	246
3.2.1.5. Zur Fusion von Berlin und Brandenburg und einige Besonderheiten.....	248

3.2.2. Mecklenburg-Vorpommern	252
3.2.2.1. Landwirtschaft und Tourismus	253
3.2.2.2. Die Krise der Schiffsbaubetriebe und ihre Überwindung ..	257
3.2.2.3. Planung oder Errichtung anderer Industrie-Unternehmen .	260
3.2.3. Sachsen	262
3.2.3.1. Einige Wirtschafts-Zentren (in grober West/Ost- und Nord/Süd-Richtung)	263
3.2.4. Sachsen-Anhalt	278
3.2.4.1. Namensgebung 1990 und allgemeine Wirtschaftslage.....	278
3.2.4.2. Landwirtschaft und Ernährungsindustrie	281
3.2.4.3. Chemische Industrie	284
3.2.4.4. Maschinenbau-Anlagen.....	288
3.2.4.5. Automobilzuliefer-Werke	290
3.2.4.6. Einige Wirtschafts-Zentren (alphabetisch).....	291
3.2.5. Thüringen	302
3.2.5.1. Landwirtschaft und Absatz von Spezialitäten (alphabetisch).....	303
3.2.5.2. Ausgewählte gewerblich-industrielle Wirtschafts-Zentren (alphabetisch)	305
4. Anhang	319
4.1. Abkürzungs-Verzeichnis	319
4.2. Ausgewähltes Literatur-Verzeichnis	321
4.2.1. Allgemein	321
4.2.2. Brandenburg	326
4.2.3. Mecklenburg-Vorpommern	328
4.2.4. Sachsen	330
4.2.5. Sachsen-Anhalt.....	334
4.2.6. Thüringen	335
4.3. Verzeichnis der Abbildungen	340
4.4. Namen- und Sachregister (geographische Namen-, Sach- und Personenverzeichnisse).....	342

EINFÜHRUNG

ZUR PROBLEMATIK EINER WIRTSCHAFTSGESCHICHTE DEUTSCHLANDS

Die im Allgemeinen schwierige Gesamtlage der neuen Bundesländer wird durch die ökonomische Situation erheblich erschwert. Dieses Dilemma verdeutlicht das berühmte Zitat von Walther Rathenau, der erklärte: „Wirtschaft ist nicht alles, aber ohne Wirtschaft ist alles nichts!“

Angesichts der Massenarbeitslosigkeit und der Abwanderung vieler Arbeitswilliger stellt sich die Frage, ob man diese Situation nicht durch eine Rückbesinnung auf traditionelle Wirtschaftsbereiche, die Jahrhunderte lang zur ökonomischen Blüte dieser Regionen beitrugen, etwas verbessern könnte. Dabei kann es nicht darum gehen, auf veraltete Fertigungsmethoden oder überholte Herstellungsformen zurückzugreifen, sondern das Bewusstsein zu stärken, dass man es auch in früheren Jahrhunderten verstanden habe, sich in den wirtschaftlichen Bereichen zu behaupten. Dass sich die gesamte deutsche Wirtschaft mehr auf den sogenannten „Tertiären Sektor“, also die Dienstleistungen, konzentrieren muss, gilt auch für alle neuen Bundesländer. Den Wegfall von Fabriken und industriellen Werken kam man im Westen wie im Osten beobachten.

Trotz der vielen Milliarden, die in die neuen Bundesländer seit Jahren und noch lange in der Zukunft hineinfließen, muss man daran erinnern, dass ganz sicher 90 bis 95 Prozent der ehemaligen DDR-Bevölkerung dem früheren Staat keine Träne nachweisen, wenn auch die „Ostalgie“ hin und wieder auftritt. Man darf auch nicht vergessen, dass recht zahlreiche DDR-ler zu den „Einigungsgewinnlern“ gehörten, weil sie über Immobilien, Bargeld oder andere Besitzungen verfügten. „Einigungsgewinnler“ hat es ziemlich viel gegeben. Im Gegensatz zu der großen Mehrheit geben es einige früheren DDR-Bewohner auch zu. Dazu gehört ein professoraler Autor, der sich aus mehreren Gründen zwar als „Einigungsgewinnler“ bezeichnet, aber fortfährt: „Viele andere (sind es) auch, sie sagen es aber nicht.“ Über den Geldumtausch steht an anderer Stelle: „Das gibt aber niemand zu, denn nur wer klagt, gewinnt.“

Wie schlimm es um den DDR-Staat bestellt war, muss immer wieder ins Gedächtnis gebracht werden. Wer kennt noch die ständigen „Engpässe“ und die sehr beschränkte Allgemeinmedizin (das „Regierungskrankenhaus“ stand nur wenigen Polit-Prominenten offen)? Andere Missstände waren die eher knausigen Staatszahlungen und die langen Wartezeiten auf Autos, Haushaltsmaschinen, exotische Früchte usw. Die fehlende Reisefreiheit und das permanente wirtschaftliche Chaos durch die Planwirtschaft rundeten das Bild der DDR ab, die bei dem ersten Windstoß zusammenbrach.

Trotzdem erscheint es keineswegs ausgeschlossen, dass sich für manche Wirtschaftszweige der Blick in die Vergangenheit als lohnend erweist. In dem Kapitel,

das die Jahre nach 1990 behandelt, gibt es schon jetzt Beispiele für diese traditionsbewussten Anknüpfungen. Es ist also durchaus gerechtfertigt, im Rahmen einer „Kleinen Wirtschaftsgeschichte der neuen Bundesländer!“ die Erinnerung an ihre früheren wirtschaftlichen Aktivitäten ins Gedächtnis zu rufen – sind doch die Produkte, die aus Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern kamen und oft in alle Welt gingen, weitgehend vergessen. Dass Berlin in dieser Aufzählung fehlt, liegt an der jahrelangen Teilung: Berlin (Ost) wurde im amtlich-östlichen Sprachgebrauch nicht benutzt, und der Stadtteil stattdessen als „Berlin – Hauptstadt der DDR“ bezeichnet, während Berlin (West) Anhängsel der BRD war. 1989/90 wurden die früheren Teilstädte zwar „wiedervereinigt“, doch wurde weder Berlin (Ost) ein neues Bundesland noch Berlin (West) ein „altes“ Bundesland. Die vereinigte Hauptstadt ist ganz einfach eins von 16 Bundesländern.

Da sich die Materialsammlung zu den wirtschaftlich-historisch relevanten Aspekten in einigen Fällen auf frühere Informationen stützt, kann die rasch wechselnde Aktualität nicht immer garantiert werden. Um den neuesten Stand zu ermitteln, empfiehlt sich die gründliche Lektüre der Wirtschaftspresse oder inzwischen erschienener Monographien. Auch auf einem Kurzbesuch würde man viele neue Tatsachen kennen lernen.

Um der historischen Entwicklung gerecht zu werden, wird im ersten Abschnitt des Buches (I) die wirtschaftliche Entwicklung der fünf neuen Bundesländer nacheinander beschrieben. Den Endpunkt dieser fünf Unterkapitel bildet jeweils die Wirtschaftslage am Ende der nationalsozialistischen Zeit. Der folgende Abschnitt (II) behandelt die Epoche vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zum Ende der DDR. Dabei ist das einleitende Kapitel besonders wichtig, da es die Grundzüge der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung der SBZ/DDR darstellt. In der zentral verwalteten SBZ/DDR wurden nämlich viele politische, wirtschaftliche und kulturelle Entscheidungen in der Hauptstadt Berlin (-Ost) getroffen. Erst bei ihrer Umsetzung, die anschließend betrachtet wird, machten sich die ökonomischen Spezifika der einzelnen Regionen stärker bemerkbar.

Nach dem gleichen Prinzip ist auch der letzte Abschnitt (III) aufgebaut. Im einleitenden Kapitel werden allgemeine Probleme (Treuhand, Fördermittel, Infrastruktur-Maßnahmen u.a.) angesprochen, während anschließend die Besonderheiten der neuen Bundesländer charakterisiert werden. Wegen der unterschiedlichen Wirtschafts-Entwicklungen in den fünf ehemaligen DDR-Regionen wird im letzten Teil für fast alle Unterkapitel ein detailliertes Inhaltsverzeichnis angeboten.

Am Ende des Buches befindet sich eine mehrfach gegliederte Literaturliste, in der Publikationen bis 2006/07 aufgenommen wurden. Auf Fußnoten wird aus Platzgründen verzichtet; bei besonders wichtigen Zitaten wird der Name des Autors in Klammern genannt. Viele Angaben über die Zeit seit etwa 1990 sind der Tagespresse entnommen, andere den Broschüren, die bei den Vertretungen der neuen Bundesländer in Berlin ausliegen. Hier kann man übrigens feststellen, dass die neuen Bundesländer sehr unterschiedliches Informationsmaterial bereithalten. Mit am großzügigsten war das Land Sachsen-Anhalt, gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern.

Weil die Diskussionen über den künftigen Weg der westlichen Fördermittel in den Jahren 2004/2005 neuen Schwung bekamen und die Arbeitslosenzahl erstmals 2006 zurückging, scheint es angemessen, das Buch im Allgemeinen 2006 enden zu lassen. Einige Notizen stammen allerdings aus den ersten Monaten 2007.

Berlin, im November 2007

Ilja Mieck

1. DIE ZEIT BIS 1945

1.1. BRANDENBURG: VON DER „STREUSANDBÜCHSE“ ZUR INDUSTRIALISIERUNG

Im Einleitungskapitel werden einige Grundtatsachen der brandenburgischen Geschichte erwähnt, während das zweite Kapitel Schwerpunkte des Wirtschaftslebens im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit bis zum Dreißigjährigen Krieg skizziert. Das dritte Kapitel beschäftigt sich mit den ökonomischen Fortschritten nach 1640 und im 18. Jahrhundert; das vierte behandelt die Zeit bis zur Reichsgründung (1871). Zum Abschluss des ersten Abschnitts ist die wirtschaftliche Entwicklung Brandenburgs bis 1945 zu verfolgen.

1.1.1. Grundzüge der politischen Entwicklung

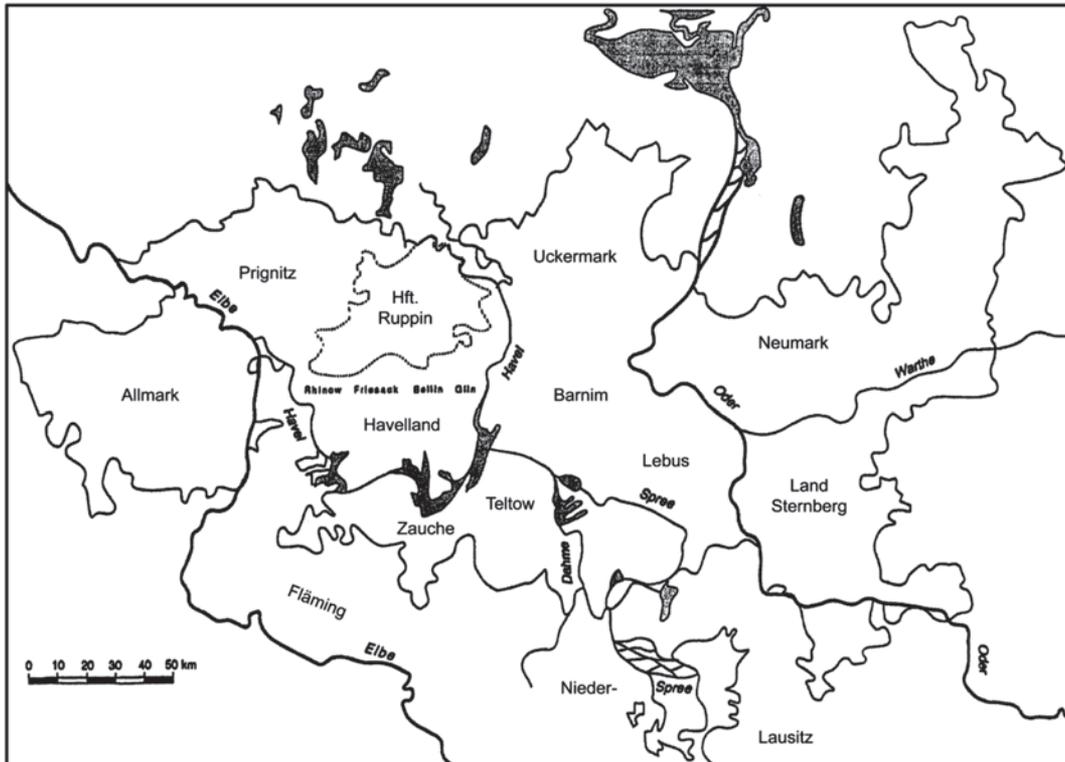
Vor fast genau tausend Jahren endete der erste Versuch des ostfränkischen Reiches, sein Herrschaftsgebiet bis auf den Raum zwischen Elbe und Oder auszudehnen. Zwar war im Jahre 948 das Bistum Brandenburg gegründet worden, doch die wachsende Abneigung der dort lebenden Bewohner gegen das Christentum führte im Jahre 983 zu einem großen Slawenaufstand, durch den die christliche Herrschaft völlig zusammenbrach. Erst in der Mitte des 12. Jahrhunderts sind im Rahmen der so genannten deutschen Ostsiedlung neue, diesmal erfolgreichere Versuche zur Eroberung und Besiedlung des Landes zwischen Elbe und Oder unternommen worden. Zu dieser Zeit tauchte das spätere Land Brandenburg erstmals greifbarer aus dem Dunkel der Geschichte auf.

Schon in karolingischer Zeit war es üblich geworden, an der immer etwas unruhigen Ostgrenze des Reiches befestigte Grenzprovinzen einzurichten. Diese Grenzgebiete wurden mit dem lateinischen Wort *marcia* oder *marca*, eingedeutscht *Mark*, bezeichnet. So gab es im 10. und 11. Jahrhundert jenseits der Elbe-Saale-Linie die Mark Billunger, die Nordmark, die Ostmark, die Mark Lausitz, die Mark Merseburg, die Mark Meißen, die Thüringer Mark sowie die Mark Zeitz.

Aus der ehemaligen Nordmark entwickelte sich im 12./13. Jahrhundert die Mark Brandenburg, die sich bis zur Oder ausdehnte, und ein fester Bestandteil des mittelalterlichen Deutschen Reiches wurde. An der Spitze dieses Territoriums stand ein Markgraf; der letzte, der diesen Titel trug, war Wilhelm II., der die Markgrafschaft Brandenburg, das Königreich Preußen sowie das 1871 gegründete Deutsche Reich 1918 fluchtartig verließ.

Schon bevor die Hohenzollern Anfang des 15. Jahrhunderts in die Mark Brandenburg kamen, gehörte der Markgraf von Brandenburg zu den vornehmsten Fürsten des Reiches. Dieses Reich stellte insofern eine Besonderheit dar, als sein oberster Souverän, der Kaiser, nicht durch das Erbrecht auf den Thron gelangte, sondern

Abb. 1: Brandenburgische Landschaften



gewählt werden musste. Als sich im Laufe des 12./13. Jahrhunderts herauskristallisierte, wer eigentlich zu den wahlberechtigten Fürsten gehörte, war der Markgraf von Brandenburg dabei. Diese herausragende Position wurde in der berühmten Goldenen Bulle von 1356, die unter anderem die Kaiserwahl regelte, bestätigt. Damit gehörte der Brandenburger zu dem erlesenen Kreis der sieben Fürsten, die den Kaiser wählen, mit dem altdeutschen Ausdruck „küren“ durften. Deshalb waren sie berechtigt, und nur sie, den Titel eines Kurfürsten zu tragen. Es waren dies die drei Erzbischöfe von Mainz, Köln und Trier, der König von Böhmen, der Herzog von Sachsen, der Markgraf von Brandenburg sowie der sogenannte Pfalzgraf bei Rhein, der in Heidelberg residierte und dessen Territorium der Einfachheit halber bald Kurpfalz genannt wurde.

Eine ähnliche Entwicklung ist für Brandenburg festzustellen. In der Mitte des 14. Jahrhunderts wurde es üblich, das brandenburgische Gebiet mit dem Namen „Kurmark“ zu bezeichnen. Um eine Vorstellung zu geben, welche Gebiete diese Kurmark oder, anders ausgedrückt, die Markgrafschaft Brandenburg umfasste, wird auf die Abb. 1 verwiesen.

Man sieht dort, dass das Kerngebiet der Mark Brandenburg zwischen den Flüssen Elbe und Oder liegt. Westlich der Elbe befindet sich nur die so genannte Altmark, von der die Eroberung und Besiedlung der späteren Gesamtmark ausging; der frühere Hauptort war Magdeburg, in brandenburgischer Zeit traten Stendal und Tangermünde an die Stelle. Die Gebiete zwischen Elbe und Oder werden häufig als Mittelmark bezeichnet. Zu ihr gehören mehrere Landschaften, deren Namen teilweise bis heute in den administrativen Bezeichnungen weiterleben. Die Namen

sind mitunter slawischen Ursprungs (Zauche), teilweise gehen sie auf zugereiste Siedler zurück (Fläming). Jenseits der Oder befand sich die sogenannte Neumark, die sich in einem großen Bogen ziemlich weit nach Norden erstreckte, sowie, südlich der Warthe, das Land Sternberg, das ein Bestandteil des alten Territoriums Lebus auf der anderen Seite der Oder war.

Abgesehen von kleineren Veränderungen, ist es bei dieser Ausdehnung der Markgrafschaft Brandenburg über mehrere Jahrhunderte geblieben. Diese drei Gebiete – Altmark, Mittelmark und Neumark – waren zugleich die territoriale Basis für den Gesamtstaat Brandenburg. Erst im 17. Jahrhundert kamen andere Gebiete, die westlich und östlich dieses Zentralbereiches lagen, hinzu, so dass der Kurfürst von Brandenburg seit dieser Zeit auch einige nicht-brandenburgische Gebiete beherrschte, beispielsweise das Herzogtum Preußen oder die Grafschaften Kleve, Mark und Ravensberg. Vom Kernland Brandenburg waren diese Gebiete durch fremde Territorien getrennt, und man wird ehrlicherweise sagen können, dass auch die meisten Brandenburger im 17. Jahrhundert von den Erwerbungen des Kurfürsten im fernen Rheinland und im genauso fernen Ostpreußen überhaupt nichts wussten.

1.1.2. Anfänge der Wirtschaftstätigkeit

Im Hinblick auf die wirtschaftliche Situation Brandenburgs muss zunächst daran erinnert werden, dass die Markgrafschaft scherzhaft als „Des Heiligen Römischen Reiches Streusandbüchse“ bezeichnet wurde. In der Tat ist der wasserdurchlässige Sandboden in Brandenburg vorherrschend, doch gibt es eine ganze Reihe von Gegenden, in denen der Sand mit einem humusreicheren Ton- oder Lehmboden versetzt ist, so dass eine zwar nicht üppige, aber immerhin ertragreiche Landwirtschaft von Anfang an betrieben werden konnte. Die natürlichen Wasserstraßen begünstigten sowohl den Ost-West- als auch den Nord-Süd-Handel, der in der Hand der in den wenigen Städten sitzenden Kaufleute war. Im 14. und frühen 15. Jahrhundert erlebten die brandenburgischen Städte sogar eine leichte Blütezeit, doch mit dem zunehmenden Ausbau der Landesherrschaft durch die Hohenzollern verstärkte sich der Druck auf den Adel, den dieser nach weiterzugeben verstand. Seit dem 16. Jahrhundert wandte sich die Masse des brandenburgischen Landadels in verstärktem Maße der extensiven Gutswirtschaft zu und versuchte, den Export von Getreide, Wolle und Holz in die eigenen Hände zu nehmen. Das führte langfristig zu einer Schwächung der städtischen Wirtschaftskraft.

Wie stark politische, kirchliche und wirtschaftliche Aspekte im späten Mittelalter ineinander griffen, zeigt die Kleinstadt Wilsnack (östlich von Wittenberge), die durch den Kirchenbrand von 1383 und das danach auftretende „Wunderblut“ berühmt wurde: An drei Hostien, die den Brand unversehrt überstanden hatten, zeigten sich später einige Blutropfen. Nach mehreren Wunderheilungen erhofften unzählige Pilger Genesung durch reichliche Spenden und Gebete. Weil die Kirche – mit einigen Ausnahmen – das einträgliche Treiben tolerierte, entwickelte sich Wilsnack „zu einer Wallfahrtsstätte von europäischer Bedeutung“ (Böcker). Erst 1552 machte

ein evangelischer Prediger der Wallfahrt ein Ende, indem er die Hostien verbrannte. Die Bezeichnung „global player“ trifft wohl eher für die spätmittelalterliche Pilgerfahrt zu als für die aktuelle Cleo Skribent-Produktion in der gleichen Stadt (siehe S. 241f.).

Bescheidene Anfänge gab es im Metallgewerbe. Seit dem Anfang des 17. Jahrhunderts entwickelte sich bei Hegermühle, dem heutigen Finow, ein kleines, aber ausgedehntes Industriegebiet („Wuppertal der Mark“), in dem zuerst zwei kleine Kupferhammer arbeiteten, die Mittelpunkte des brandenburgischen Kupferschmiedegewerks wurden; später kamen ein Schwärze-Teerofen, ein Eisenhammer und ein Drahthammer dazu. Teilweise auf den Trümmern dieser ersten Anlagen entstanden noch im 17. Jahrhundert ein Blechhammer (1660), eine Eisenspalterei und ein Messingwerk.

Den schwersten Rückschlag erlebte die brandenburgische Wirtschaft durch den Dreißigjährigen Krieg. Pest und Wirtschaftskrise standen am Anfang, Verwüstung und Entvölkerung am Ende der Kriegszeit. Der Versuch des Kurfürsten Georg Wilhelm, Brandenburgs Neutralität zu wahren, scheiterte auf der ganzen Linie. Befreundete und feindliche Kriegsvölker durchzogen jahrein jahraus die Mark und erpressten Kontributionen. Zeitweise war Brandenburg Aufmarschgebiet ganzer Armeen, zeitweise war es Kriegsschauplatz. Während sich der Kurfürst nach Königsberg ins Herzogtum Preußen zurückgezogen hatte, wurden in Brandenburg zwischen 1635 und 1640 mehr Dörfer niedergebrannt und Menschen getötet und vertrieben als während aller Kriegsjahre vorher. Die Residenzstadt Berlin sank auf den Stand eines halbverfallenen Ortes von höchstens 6000 Einwohnern. Die Mark verelendete am stärksten in den Durchzugs- und Randgebieten (Prignitz, Ruppiner Uckermark). Der Bevölkerungsverlust bei Kriegsende durch Tod und Flucht ist auf fast 50% zu veranschlagen.

In dieser Situation starb am 1. Dezember 1640 der Kurfürst Georg Wilhelm. Nachfolger wurde sein 20jähriger Sohn Friedrich Wilhelm. Mit dem Entschluss, die Sicherheit seines Landes durch ein eigenes Heer zu garantieren und mit der Aufstellung einer Armee aus 2.700 Mann den Anfang zu machen, begann für die brandenburgische Geschichte eine neue Phase.

1.1.3. Die Zeit von 1640 bis 1786

Es war ein historischer Glücksfall, dass Brandenburg von 1640 bis 1786 eine dynastische Kontinuität über vier Generationen erlebte, die in Europa ihresgleichen suchte. Die vier Herrscher, die in dieser Zeit an der Spitze des Staates standen, waren, jeder auf seine eigene Weise, in Erfolg und Irrtum gleichermaßen ehrgeizig-tatkräftige Souveräne, die noch dazu recht lange regierten. Bei Friedrich Wilhelm, dem Großen Kurfürsten, waren es 48 Jahre. Sein Sohn, Friedrich III., brachte es zwar nur auf ein viertel Jahrhundert, doch verschaffte er sich und seinen Nachfolgern einen ungeheuren Prestigeerwerb, als es ihm gelang, das im weit entfernten Ostpreußen gelegene Herzogtum Preußen zum Königreich erheben zu lassen. Seitdem führten die Markgrafen von Brandenburg und Kurfürsten des Heiligen Rö-

mischen Reiches auch den Titel eines Königs in Preußen, und weil der Königstitel vornehmer war, rückte er fortan an die erste Stelle. Schon nach wenigen Jahren sprach alle Welt nur noch vom preußischen König, wenn man den brandenburgischen Markgrafen meinte.

Seinem Vater, der sich seit dem Gewinn der Königskrone Friedrich I. nannte, folgte 1713 König Friedrich Wilhelm I., der später als Soldatenkönig berühmt wurde. Er regierte 27 Jahre, bevor ihn sein Sohn Friedrich II., genannt der Große, mit 46 Regierungsjahren weit in den Schatten stellte. Dass Brandenburg-Preußen, wie es im 18. Jahrhundert oft genannt wurde, am Ende dieses Zeitabschnitts nach Frankreich, England, Österreich und Rußland zur fünften europäischen Großmacht aufgestiegen war, kann hier nur erwähnt werden, ebenso die Tatsache, dass zwischen 1640 und 1786 die absolutistische Regierungsform ziemlich rigoros durchgesetzt wurde. Nur in einigen wenigen Territorien hat es im so genannten Zeitalter des Absolutismus einige Abmilderungen dieser autoritären, nur vom König ausgehenden und kontrollierten Machtausübung gegeben; sobald die neuen Ideen an die Substanz des absolutistischen Ständestaates rührten, war die ganze Aufklärung vergessen.

Betrachtet man die wirtschaftliche Entwicklung der Kurmark in dieser Zeit, so kann man feststellen, dass die Wirtschaftspolitik zwar weitgehend von den persönlichen Auffassungen der Herrscher abhing, aber dennoch einige dominierende Tendenzen auszumachen sind, die für die merkantilistische Wirtschaftspolitik als charakteristisch gelten können. Man kann den Merkantilismus als eine gesamteuropäische Erscheinung kennzeichnen. Das hing damit zusammen, dass der sich seit dem 16. Jahrhundert immer deutlicher herausbildende moderne Staat unter der straffen Führung eines die absolute Macht anstrebenden Monarchen ständig steigende Mittel zur Finanzierung von Verwaltung, Armee und Hof benötigte. Da die steuerliche Belastbarkeit der Untertanen beschränkt war, entstand aus dem Bestreben, die allgemeine Steuerkraft im Interesse der staatlichen Ansprüche zu heben, die Überzeugung von der Notwendigkeit einer durch dirigistische Maßnahmen zur Blüte zu bringenden Staatswirtschaft. Der Merkantilismus kam diesen politischen Interessen dadurch entgegen, daß er eine staatliche Machtsteigerung durch Wirtschaftsexpansion versprach. Er war diejenige Form der Wirtschaftspolitik, die den Zentralisierungstendenzen der Herrscher am besten entsprach.

Die Hauptgrundsätze, auf denen das merkantilistische Lehrgebäude beruhte, waren vom Standpunkt der modernen Wirtschaftswissenschaft falsch. Das betrifft erstens die Vorstellung, dass der Reichtum eines Landes von seinen Vorräten an Geld und Edelmetall abhängt, und zweitens die Annahme einer relativen Konstanz von umlaufender Geldmenge und Handelsvolumen in Europa. Dementsprechend spielte sich der Handel nach merkantilistischer Lehre in Form eines ständigen Wirtschaftskrieges ab, da jedes Land nur um das reicher werden konnte, was es anderen Ländern entzog. Daraus ergab sich die grundlegende Zielsetzung merkantilistischer Wirtschaftspolitik: Steigerung der Exporte und Senkung der Importe. Im Falle Brandenburgs verknüpfte sich die merkantilistische Wirtschaftspolitik mit intensiven Bemühungen der Krone, die durch den Dreißigjährigen Krieg eingetretenen Verwüstungen zu beheben und die Bevölkerungsverluste auszugleichen. Diese Be-

mühungen, die sich über Jahrzehnte hinzogen, werden durch die Begriffe „Retablisement“ und „Peuplierung“ gekennzeichnet.

Ungefähr seit 1655 wurden in Brandenburg Kolonisten aus den Nachbarländern auf den verödeten Dorf- und Hofstellen angesetzt. Einen Schwerpunkt bildete die Anwerbung von Niederländern und von friesischen Bauern, die sich bei Deichbauten und in der Milchwirtschaft bewährten. Da diese Kolonisten durch mancherlei Vergünstigungen, etwa durch Dienstfreiheit und ein relativ gutes Bodenrecht, angelockt wurden, kam es häufig zu Zwistigkeiten mit den alteingesessenen Brandenburgern, die diese Vergünstigungen nicht erhielten.

Diese „Holländersiedlungen“ waren jedoch nur ein Anfang. Zwischen 1661 und 1683 hat der Kurfürst nicht weniger als sieben Einwanderungspatente erlassen. Das berühmteste erschien im Oktober 1685, als Friedrich Wilhelm seine in Frankreich verfolgten calvinistischen Glaubensbrüder (Hugenotten) nach der Aufhebung des Ediktes von Nantes (1685), das ihnen eine beschränkte Religionsfreiheit zugesichert hatte, einlud, nach Brandenburg zu kommen. Es entwickelte sich ein regelrechter Konkurrenzkampf der europäischen Staaten um diese Glaubensflüchtlinge, denn die 200.000 bis 250.000 Calvinisten wurden nicht etwa aus Frankreich vertrieben, sondern waren, wie ihr französischer Sammelname es auch richtig sagt, Flüchtlinge, Réfugiés. Da ein Großteil der Hugenotten zur intellektuellen und wirtschaftlichen Führungsschicht gehörte, waren alle protestantischen Länder sehr an der Aufnahme dieser Flüchtlinge interessiert. Viel mehr als etwa zehn Prozent von ihnen haben allerdings den Weg nach Brandenburg nicht gefunden; dennoch brachten die etwa 12.000 Hugenotten, von denen sich ungefähr die Hälfte in Berlin niederließ, für die brandenburgische Wirtschaft einen bedeutsamen Entwicklungsschub. Manche Gewerbezüge, die man in Brandenburg gar nicht oder wenig kannte, wurden auf diese Weise ins Land eingeführt, zum Beispiel Seidenbau, Tabakanbau oder Strumpferstellung.

Fast überall in der Mark bildeten sich „französische Kolonien“, die, geschützt durch die zugesicherten Privilegien, ein relativ starkes Eigenleben entwickelten. Die neuere Forschung weist darauf hin, dass die früher übliche Idealisierung dieses Zusammenlebens der wirklichen Situation nicht angemessen ist. Eine neuere Studie kommt zu dem Urteil: „Auch für die Zeit nach 1685 gibt es wenig Anlass zum Zeichnen einer Idylle. Widerstand der Brandenburger gegen die privilegierten Fremden, denen man Steuerfreiheiten und mancherlei Einrichtungshilfen, eigene Verwaltung und Gerichtsbarkeit gewährte und die in den Städten die Wohnungsnot nicht verminderten, hat es vielfach gegeben, und auch in der Uckermark, wohin etwa 2.000 Hugenotten, zum Teil auf das Land, zogen, gab es zumindest ernste Reibereien.“

Trotzdem wird man, jedenfalls im Hinblick auf die städtischen Hugenottensiedlungen, einer Formulierung zustimmen können, nach der die Hugenotten für Brandenburg so etwas wie eine Art „Ersatzbürgertum“ dargestellt haben. Es wurde übrigens nicht jeder genommen, der bei den Anmeldestellen in Amsterdam, Hamburg, Köln oder Frankfurt a. M. vorsprach: An Leuten, die nichts gelernt hatten und die für Brandenburg nicht nützlich schienen, war man nicht interessiert. Andererseits gehörten diejenigen, die nicht nach England oder in die Niederlande, son-

dern in die vergleichsweise ärmliche Mark gingen, auch nicht zur sozialen Creme der Réfugiés.

Andere Einwanderergruppen, die in diesen Jahrzehnten nach Brandenburg kamen, waren reformierte Schweizer, Württemberger, Sachsen, Mecklenburger und Böhmen. Auch hier muss man natürlich der damaligen Statistik gegenüber recht misstrauisch sein. So ist durchaus vorstellbar, dass zwischen 1688 und 1740 rund 100 neue Siedlungen auf dem Lande entstanden sein sollen. Dagegen kann man mit der Angabe, daß in Berlin-Brandenburg in dieser Zeit 5.176 Familien angesetzt worden seien, wenig anfangen, da eine Differenzierung zwischen der Stadt und dem Land nicht erfolgte. Aufs Jahr umgerechnet, ergibt sich übrigens eine Ansetzung von rund 100 Familien – nicht gerade ein überragendes Zeugnis für eine konsequent durchgeführte „Peuplierungspolitik“.

Im Ganzen führte aber auch die allgemeine Konjunkturbelebung im frühen 18. Jahrhundert dazu, dass die Anzahl der wüsten Stellen in der Mark deutlich zurückging. Zwischen 1721 und 1740 sind insgesamt 878 wüste Stellen wieder unter den Pflug genommen worden. Dazu kamen, wie erwähnt, die im Zuge der „Peuplierung“ errichteten neuen Kolonistendörfer.

Die größte geschlossene Einwanderungsgruppe, die im 18. Jahrhundert nach Preußen kam, waren die Salzburger. Etwa 20.000 Menschen, die in großen Zügen mit Weib und Kind und Hab und Gut 1732 ihre Heimat verlassen mussten, wurden überwiegend im stark entvölkerten Ostpreußen und den litauischen Grenzgebieten angesiedelt. Brandenburg hat auf andere Weise von der Regierung des Soldatenkönigs, der für das „Retablissement von Ostpreußen“ von seinem Sohn, dem großen Friedrich, sehr gelobt worden ist, auf andere Weise profitiert. Potsdam wurde nämlich zur bevorzugten Residenz des Königs, der außerdem, schon seit seiner Kronprinzenzeit, gern im kleinen Jagdschloss von Wusterhausen seine Regierungsgeschäfte erledigte. Der politische Schwerpunkt Brandenburg-Preußens verlagerte sich: „Aus Berlin-Cölln heraus wurde verwaltet, aus der Residenzlandschaft in der Mark wurde Preußen regiert“ (Neugebauer). Friedrich Wilhelm legte mit seiner Bevorzugung Potsdams den Grundstein für die wichtige politische Funktion dieser Stadt in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, die mit dem Stadtschloss, mit Sanssouci und später dem Neuen Palais die Doppelfunktion einer Sommer- und Winterresidenz des preußischen Königs übernahm.

Die Orientierung an der Armee änderte die brandenburgische Wirtschaftsstruktur tiefgreifend. An die Stelle des Hofes trat als wichtigstes Nachfragezentrum nun das Militär. Das betraf zuerst die Textilproduktion, die in Brandenburg eine lange Tradition hatte. In Potsdam dominierten die Leinenmanufakturen, während sich die Zentren für die Tuchproduktion im Umfeld der Städte Brandenburg/Havel, Züllichau, Cottbus und Crossen befanden. Zu den Instrumenten der staatlichen Wirtschaftspolitik gehörten auch die Wollausfuhrverbote, wie sie für die Kurmark seit dem Mai 1718 wiederholt ergingen und für den Fall des Verstoßes dagegen einmal sogar die Todesstrafe androhten (1723). Hier zeigt sich die typisch merkantilistische Maßnahme, durch das Verbot der Ausfuhr von Rohstoffen die Belebung eines einheimischen Industriezweiges zu erreichen. Die größte Textilmanufaktur der damaligen Zeit, die vor allem Uniformtuche herstellte und Hauptlieferant des Militärs

war, befand sich in Berlin. Es handelte sich um das so genannte „Lagerhaus“, in dem im 18. Jahrhundert mehrere hundert Tuchmacher beschäftigt waren. Die Tatsache, dass auch viele Brandenburger, sozusagen in Heimarbeit, für das Berliner Lagerhaus arbeiteten, zeigt den „freiwilligen Zwang“ zu einem allerdings recht geringen Nebenerwerb. Eine Besonderheit ist aus den Jahren 1725 bis 1738 überliefert, in denen die brandenburgischen Wollweber sogar die russische Armee mit Uniformtuch beliefert haben sollen.

Auch die Anfänge einer Rüstungsindustrie fallen in die Zeit Friedrich Wilhelms I. Zu den alten Standorten der märkischen Eisenindustrie (Hegermühle, Neustadt/Dosse; Peitz) trat seit 1722 die Spandau-Potsdamer Gewehrfabrik. Auch eine Pulvermühle wurde angelegt. Der Raum Berlin-Spandau-Potsdam wurde zum Zentrum dieser neuen preußischen Rüstungsindustrie, die vor allem von der Firma Splitgerber & Daum getragen wurde. Sie übernahm auch einige ältere Fertigungsstätten, beispielsweise den „Eisenhochofen bei Zehdenick“ (zur Herstellung von Artilleriemunition) und den Messinghammer zu Hegermühle. Es traf sich gut, dass auch von diesen Unternehmen fast alle im Pfandbesitz der Firma Splitgerber & Daum waren. Die Modernität der Gewehrfabrikation zeigte sich in der beginnenden Arbeitsteilung: in Spandau wurden die Gewehrläufe gegossen, in Potsdam wurden sie montiert. Ganz aus dem Rahmen fiel die 1726 gegründete Papierfabrik Wolfswinkel, die bis ins 20. Jahrhundert existierte.

Ein besonderes Ruhmesblatt für die preußischen Herrscher im 18. Jahrhundert stellten ihre Bemühungen dar, die landwirtschaftliche Nutzfläche durch Entwässerungsarbeiten zu vergrößern. Diese Meliorationen mit anschließender Besiedlung begannen schon unter Friedrich Wilhelm, der im Havelländischen Luch und im Rhinluch 22 Quadratmeilen trockenlegen ließ und dort den landwirtschaftlichen Musterbetrieb Königshorst mit Viehzucht, Futteranbau und Milchwirtschaft begründete. Eine 1722 angeworbene holländische Familie unterrichtete die Einheimischen in der Milchbehandlung und in der Butter- und Käseherstellung. Seit 1729 erhielt die königliche Hofküche ihre Butter aus Königshorst, und 1737 wurde dort die „Lehranstalt für Butter- und Käsebereitung“ (1780: „Ordentliche Akademie des Buttermachens“) eingerichtet. 1752 kam ein Gestüt (mit ausländischen Pferden) hinzu.

Bedeutender und umfangreicher waren die nach 1740 einsetzenden Siedlungs- und Meliorationsmaßnahmen. Dabei ging es zunächst um eine Verdichtung der bereits vorhandenen Besiedlung, beispielsweise durch die Bemühungen des Domänenrats Pfeiffer, der in den frühen 50er Jahren mehr als 900 neue Stellen geschaffen haben soll, davon rund 500 für Kolonisten aus dem Ausland. Angelockt wurden sie wie früher durch das Versprechen von Vergünstigungen, zum Beispiel durch die Zusicherung von Freijahren, in denen sie keine Steuern zu zahlen hatten. Das betraf beispielsweise die Pfälzer, die seit 1747 in der Kurmark angesiedelt wurden.

Das bekannte Wort Friedrichs II., er habe eine Provinz im Frieden erobert, betraf das Oderbruch, eine früher regelmäßig überschwemmte Flusslandschaft, die nicht nur jeden Ackerbau fast unmöglich machte, sondern obendrein einen gefährlichen Infektionsherd bildete. Unter Anleitung von holländischen Deichbau-Experten begannen die Arbeiten an der Eindeichung der Oder und der anschließenden

Trockenlegung der früheren Sumpflandschaft. Die Arbeiten waren 1763 abgeschlossen; entstanden waren 15 neue Dörfer, und neu angesetzt waren 6000 Einwohner in fast 1200 Familien. Noch übertroffen wird die Trockenlegung des Oderbruchs durch vergleichbare Arbeiten an Warthe und Netze. Hier liegt der zeitliche Schwerpunkt in der Zeit nach 1763, als es darum ging, die vor allem in der Neumark erheblichen Menschenverluste durch den Siebenjährigen Krieg auszugleichen. Trotz der etwas widersprüchlichen Angaben wird man sagen können, dass in der Regierungszeit Friedrichs II. in der Neumark insgesamt etwa 15.000 Personen, verteilt auf 3.600 Familien, neu angesetzt wurden. Die Siedler kamen aus Polen, Sachsen, Mecklenburg und anderen Staaten.

Zum Gedenken an Friedrich II., der sich vor allem um die Oderbruch-Melioration gekümmert hatte, steht seit 1905 in Letschin ein Erinnerungsdenkmal an den populären Preußenkönig, das ein wenig an den „Alten Fritz“ erinnert. Nicht weit entfernt liegt das Dörfchen Wilhelmsaue, in dem eine 1880 errichtete Windmühle, die letzte im Oderbruch, bis 1964 arbeitete und jetzt als „Schauanlage“ fungiert.

Auch die Kurmark gehörte nach dem Ende des Siebenjährigen Krieges zu den besonders schwer kriegsgeschädigten Provinzen der Monarchie. Eine im Brandenburgischen Landeshauptarchiv in Potsdam überlieferte Bevölkerungsstatistik weist allerdings aus, dass schon wenige Jahre nach dem Ende des Krieges die Bevölkerungsverluste mehr als ausgeglichen waren. Bei dieser Gelegenheit erfahren wir auch, wie groß die Gesamtbevölkerung der Kurmark damals war, nämlich im Jahre 1766 rund 583.000. Länger dauerte die Erholung in Gebieten, die rein agrarisch strukturiert und von der Residenzlandschaft Berlin-Potsdam relativ weit entfernt waren.

Auch auf dem gewerblichen Sektor gab es, durch kräftige staatliche Subventionen fast immer nachhaltig gefördert, nach dem Ende des Siebenjährigen Krieges eine ganze Reihe von Neugründungen. Seit der Mitte des Jahrhunderts wurde in einer Eisen- und Stahlwarenfabrik bei Neustadt-Eberswalde von Fachpersonal produziert, das aus Thüringen, aus Ruhla und der Gegend von Eisenach angeworben worden war; um 1760 entstanden in Hohenfinow ein Eisenhammer, eine Drahtzieherei und eine Nagelfabrik. 1781 wurde in dem Manufakturort Spechthausen eine Papierfabrik gegründet, die seit 1787 dank modernster westeuropäischer Produktionsverfahren zu einer der leistungsfähigsten und bekanntesten Produktionsstätten Europas für Spezial- und Luxuspapier wurde.

Ziegeleien und Kalkbrennereien arbeiteten seit den 60er Jahren immer stärker für den Baubedarf Berlins, wie überhaupt die raumstrukturierende Sogwirkung der Residenz auf die weitere Umgebung in dieser Zeit deutlich an Intensität gewann. Das betraf auch die Textilindustrie, bei der sich eine Arbeitsteilung abzuzeichnen begann: In Berlin saßen überwiegend Manufakturen der feineren Spinnstoffverarbeitung, während in der Provinz Mark Brandenburg eher Spinnereien und Webereien billiger Massenwaren arbeiteten. Die brandenburgischen Textilfabrikanten hingen in immer stärkerem Maße von den städtischen Abnehmern ab. Das galt für die vielen Spinnersiedlungen im Raum Berlin, beispielsweise für Nowawes, Friedrichshagen, Gosen oder Neuzittau, das galt aber auch für die eisenverarbeitende Industrie, die sich im zentralen Brandenburg mit Berlin als Mittelpunkt ansiedelte. Trotz dieser

unterschiedlichen Prägung des Zentralraumes von Berlin-Potsdam einerseits und des weiteren agrarischen Umfeldes der Mark andererseits wird man für die Zeit um 1770 feststellen können, dass die Kurmark insgesamt bereits eine gewerblich verdichtete Region des Gesamtstaates war – nach Schlesien die zweitwichtigste.

Selbst in Frankreich, wo der Merkantilismus unter dem Minister Colbert seine erste große Bewährungsprobe bestanden hatte, war es nie gelungen, eines der zentralen Ziele, nämlich die Herstellung eines freien Binnenmarktes, zu erreichen. Das war in Brandenburg genauso. Nicht einmal die mittleren Provinzen bildeten einen einheitlichen Markt. Allein in der Kurmark gab es noch 60 Zollbezirke. Es existierten nach wie vor und bis ins frühe 19. Jahrhundert unzählige Damm-, Straßen-, Brücken- und Deichzölle, die von Adligen, Privaten und Gemeinden oder auch vom Staat erhoben wurden. Noch 1817 gab es in den alten Provinzen Preußens nicht weniger als 57 Zoll- und Akzisetarife, die zusammen 2.775 Gegenstände besteuerten.

Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass seit dem späten 18. Jahrhundert die Agglomeration von Berlin und im weiteren Sinne die Residenzlandschaft in der Mittelmark die Landesstruktur Brandenburgs ganz wesentlich bestimmten. Gelegentlich ist sogar von einer „Treibhausatmosphäre“ gesprochen worden, die in dieser Region zu einer regelrechten Blüte der gewerblichen Wirtschaft führte. Sie kam darin zum Ausdruck, dass sich in Berlin und der Kurmark zwischen 1750 und 1801 die Anzahl der in der gewerblichen Wirtschaft Beschäftigten fast verdoppelte, während die Einwohnerzahl im gleichen Zeitraum lediglich um etwas über 40 Prozent stieg. Sie lag um 1800 für die Kurmark bei 835.000 Menschen, für Berlin bei etwa 180.000. Beenden wir dieses Kapitel mit einem Vergleich: „Die Hauptstadt der preußischen Könige wies das höchste Wachstumstempo unter allen europäischen Großstädten des 17. und 18. Jahrhunderts auf“, wobei sich Hof, Verwaltung, Militär- und Gewerkekonzentration in einem an sich gewerbearmen Umland als Ursachen gegenseitig stärkten. Hier flossen auch die finanziellen Kräfte des Gesamtstaates zusammen.

1.1.4. Wirtschaftsentwicklung bis 1871

Nach 29 Friedensjahren wurde Preußen seit 1792 in die kriegerischen Ereignisse hineingezogen, die das revolutionäre Frankreich auslöste. Diese Kriegsphase, von der fast alle europäischen Länder betroffen waren, dauerte mehr als zwei Jahrzehnte. Während dieser Zeit erlebte Brandenburg die zweijährige Besetzung durch die Truppen Napoleons, die Auferlegung einer Kriegskontribution von 57 Millionen Francs, die Folgen der von Napoleon in Berlin dekretierten „Kontinentalsperre“ sowie die Abtretung der Altmark (siehe Abb. 1) an das neugegründete Königreich Westphalen. Erst nachdem sich Europa von Napoleon und seinen Hegemoniebestrebungen befreit und ihn schließlich nach St. Helena verbannt hatte, gelangte die europäische Politik wieder in ein ruhigeres Fahrwasser. Die erforderlich gewordene Neuordnung Europas erfolgte durch den berühmt gewordenen Wiener Kongress. In dieser Zeit begannen auch die preußischen Reformen, die während der napoleonischen Zeit unter Stein und Hardenberg in Gang gekommen waren, ihre ersten Früchte zu tragen.

Seit der Neugliederung Preußens (1818) wurde die traditionelle Kurmark zur Provinz Mark Brandenburg. Sie hatte zwei Regierungsbezirke mit den Hauptstädten Potsdam und Frankfurt/Oder. Von den verschiedenen territorialen Neuordnungen ist erwähnenswert, dass die Altmark nicht nach Brandenburg zurückkehrte (siehe Abb. 1), sondern der 1814/15 neugebildeten preußischen „Provinz Sachsen“ zugeschlagen wurde. Als territorialen Ausgleich erhielt Brandenburg dafür die vom Königreich Sachsen abgetrennte Niederlausitz (siehe Abb. 1). Die administrative Sonderstellung Berlins wurde erstmals 1821 und endgültig 1828 beseitigt. Diese Maßnahme war als Disziplinierungsmittel gedacht, um den immer ein wenig renitenten Magistrat von Berlin unter die straffe Aufsicht der Potsdamer Regierung zu stellen. Bei dieser Regelung ist es bis 1881 geblieben.

Die Bevölkerungszahl Brandenburgs stieg von 1,09 (1816) auf 2,04 Millionen (1871). Außer Berlin gab es keine Großstädte; während Potsdam und Frankfurt/Oder um die Jahrhundertmitte etwa 40.000 bzw. 32.000 Einwohner hatten, blieben alle anderen Städte weit darunter. Sie waren Landstädte von ackerbürgerlich-handwerklichem Zuschnitt. Nur wenige Städte hatten um 1850 mehr als 10.000 Bewohner (Prenzlau, Landsberg/Warthe, Brandenburg a.d.H.).

Eine Besonderheit gab es in Rathenow. Dort entwickelte der Tüftler Johann Heinrich August Duncker 1801 seine Vielschleifmaschine für optische Gläser, die er zum Zentrum der ersten größeren Werkstätte in der relativ kleinen Stadt Rathenow machte. Damit begann die industrielle Fertigung von Brillenlinsen. 1896 soll es schon 163 optische Firmen in Rathenow gegeben haben. Nicht nur ein „Optikmuseum“ erinnert heute an diese Zeit, dank vieler Mühen gehört Rathenow gegenwärtig wieder zu den wichtigsten Zentren der optischen Industrie Deutschlands.

Wendet man sich der wirtschaftlichen Entwicklung zu, ist zunächst darauf hinzuweisen, dass Berlin trotz der neuen Zuordnung unberücksichtigt bleiben muss, weil seine ökonomische Ausnahmestellung alle brandenburgischen Bemühungen lächerlich erscheinen und alle Maßstäbe verschwinden lassen muss. Das wirtschaftliche Gewicht, mit dem Berlin in Erscheinung trat, war so gewaltig, dass es besser ist, die Provinz Mark Brandenburg getrennt zu behandeln.

Sprechen wir zuerst von den Auswirkungen der Agrarreformen. Das Kernstück der Reformen, die Aufhebung der Erbuntertänigkeit und die damit verbundene Freistellung von Frondiensten, war allerdings an Entschädigungen für die Gutsbesitzer gebunden. Infolge der zahlreichen Regelungen, die dafür erforderlich waren, zog sich die so genannte Bauernbefreiung fast ein halbes Jahrhundert hin. Für ihre Entlassung aus feudalherrlicher Untertänigkeit, die Freistellung von Hand- und Spanndiensten und Abgaben aller Art hatten die brandenburgischen Bauern einen hohen Preis zu entrichten. Bis 1865 hatten sie rund 412.000 Morgen Land, sechs Millionen Taler an Kapital und 25 Jahre jährlich 780.000 Taler an Renten an die einstigen Feudalherren abzutreten und zu zahlen, die sich nun weitgehend in kapitalistische Gutsbesitzer verwandelten. Ob die Bauernschaft dennoch im wesentlichen erhalten blieb (und sogar einen wirtschaftlich stabilen Mittel- und Großbauernstand herausbilden konnte) oder prinzipiell zum „Opfer der Reformen“ wurde, ist umstritten.

Ungeachtet dieser starken Belastungen erscheinen die Bauern eher als die Verlierer der Agrarreform: „Der unumstrittene Gewinn der Landreform lag auf seiten

der Gutsherren“ (Koselleck). Das Ergebnis der Agrarreformen war die Ausbildung einer Drei-Stufen-Struktur auf dem Lande: Den relativ wenigen Gutsbesitzern standen Scharen von Kleinbauern und Landarbeitern gegenüber, wobei im Laufe des Jahrhunderts die Zahl der großen Bauernstellen ab- und die der kleineren zunahm. Da die Rittergutsbesitzer („Junker“) im Ganzen zu den Gewinnern der Reformen gehörten, gingen sie auch aus dem Kampf mit dem aufstrebenden Bürgertum um die politische Macht und die brandenburgischen Führungspositionen gestärkt hervor. Zur Spitzengruppe der adligen oder großbürgerlichen Wirtschaftselite gehörten die Großgrundbesitzer, die allein im Regierungsbezirk Potsdam 1853 über 42,6 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche und Forsten verfügten. Besonders groß war die Konzentration in der Uckermark, wo fast 60 Prozent der agrarischen Nutz- und Forstflächen auf den Großgrundbesitz entfielen. Hier wurde aus einem durch Geburt konstituierten Stand eine durch Besitz konstituierte Gesellschaftsschicht von landwirtschaftlichen Unternehmern.

In Zeiten der Krise, der Überschuldung oder anderer Probleme wurden diese Güter auch an bürgerliche Kreise verkauft. 1857 gab es im Regierungsbezirk Frankfurt 400 adlige und 370 bürgerliche Rittergüter. Auch wenn ein Bürgerlicher ein solches Rittergut erwarb, erfreute er sich weiterhin der damit verknüpften Privilegien. Dazu gehörten das Jagdrecht auf bäuerlichem Grund, die Patrimonialgerichtsbarkeit, die lokale Polizeihochheit sowie das Schul- und Kirchenpatronat. Diese feudalen Traditionen sind teilweise erst in der Revolution von 1848 beseitigt worden. Das Eindringen in die alten Herrschaftsschichten befriedigte den Geltungsdrang, das Prestigebedürfnis und die Eitelkeit der bürgerlichen Karrieremacher; sie ahmten adlige Verhaltensweisen nach, und viele von ihnen wurden stockkonservative Gutsherren und Demokratenhasser, die sich oft „junkerlicher“ gebärdeten als der altbrandenburgische Landadel. Auch das Verhältnis zu den auf den Gütern beschäftigten Landarbeitern war sehr von der Persönlichkeit des „Herrn“ abhängig. Die gesetzliche Grundlage bildete die preußische Gesindeordnung vom 8. November 1810, die der „Herrschaft“ bei ungebührlichem Betragen gestattete, gegen das Gesinde „mit Scheltworten oder geringen Tätlichkeiten“ vorzugehen (§ 77).

Mit der Einführung des kapitalistischen Unternehmertums auf dem Lande erhöhte sich die landwirtschaftliche Produktion. Das riesige Konsumtionszentrum Berlin förderte alle Bemühungen, die Landwirtschaft in vielfacher Hinsicht zu modernisieren. Dazu gehörten die Einführung der Fruchtwechselwirtschaft, die Mechanisierung vieler Arbeitsgänge, die Propagierung neuer Produktionsmethoden, die Versuche mit neuen Getreidesorten, die Anwendung von Düngemitteln, die großflächige Einführung des Kartoffelanbaus und auch der Anbau und die Verarbeitung von Tabak, besonders in der Uckermark. Wahre Pioniere des landwirtschaftlichen Fortschritts waren in der Regel die Domänenpächter (1864: 96), die durch persönliches Engagement, gutes Boden- und Erbrecht und familiäre Tradition eine regelrechte „Elite der Landwirtschaft“ bildeten, die auch manchmal schriftstellerisch tätig wurde (Thaer, v. d. Marwitz, Baath, Karbe, Koppe u.a.). Sie standen für eine Tendenz, die bei der Modernisierung der Landwirtschaft überall in Mittel- und Westeuropa im 19. Jahrhundert charakteristisch war. Brandenburg bildete hier also keine Ausnahme von der Regel. Einen Aufschwung nahmen auch das landwirtschaft-

liche Vereinswesen, die Viehzucht, die Verwendung von Maschinen, die meist aus Berlin kamen, sowie einige Betriebe, die agrarische Erzeugnisse verarbeiteten (Brennereien, Zuckersiedereien), sowie der Obst- und Gemüseanbau.

Die Menschen in der dünnbesiedelte Uckermark lebten- nach dem Vorbild der Hugenotten – vom Tabakanbau (wegen des guten Klimas) und der Landwirtschaft. Selbst die bedeutendste Kleinstadt, Schwedt an der Oder, hatte nicht viel mehr als etwa 7.500 Einwohner. Die Stadt, in der DDR-Zeit großer Industriestandort mit 52.000 Arbeitsplätzen, war damals nur ein wirtschaftlich recht kleines „Tabakstädtchen“, da es in Schwedt 1840 immerhin 11 Tabakfabriken gegeben haben soll. Im übrigen gehörte die Uckermark nicht gerade zu den wirtschaftlich reichen Regionen Brandenburgs.

Während auch das ländliche Handwerk florierte, sah es im gewerblich-industriellen Bereich der Städte anders aus, da Berlins Sonderstellung dominierte. Dem sich in wenigen Jahrzehnten vollziehenden Aufstieg Berlins zur ersten Industriestadt Deutschlands konnte die Provinz Mark Brandenburg nicht folgen. Hier verlief die industrielle Entwicklung weniger spektakulär; zwar hat die Provinz nur in begrenztem Maße und erheblich verspätet an der Industrialisierung teilgenommen, doch ist sie keineswegs spurlos an Brandenburg vorübergegangen. Die Provinz konnte nur nicht die industrielle Dynamik entfalten, die von der benachbarten Hauptstadt ausging. Umgekehrt gab es eine ganze Reihe von Spinnereien und Webereien, die von Berlin aus in die Provinz (nach Bernau, Forst, Brandenburg, Luckenwalde, Sorau, Spremberg) abwanderten, wo sie genügend Arbeitskräfte fanden sowie billige Mieten und Löhne zahlten. Eine neue Form der Peripheriewanderung, wie wir sie aus der Frühzeit der Industrialisierung auch für Berlin kennen, machte sich hier bemerkbar.

Eine weitgreifende Industrialisierung gab es nicht einmal in den Residenzstädten: „Insgesamt betrachtet, waren die Fortschritte der gewerblichen Entwicklung der Stadt (=Potsdam) jedoch als bescheiden zu betrachten. Es lag wohl auch nicht im Interesse des Königs, dies nachhaltig zu ändern“ (Hahn). Nach den napoleonischen Kriegen gab es dort etwa 1.000 Handwerksmeister und 500 Kaufleute, darunter die Zuckersiederei Jacobs, die als erste eine Dampfmaschine betrieb. Das Theaterrestaurant (siehe S. 250) ist in einer alten Zichorienfabrik untergekommen, die Friedrich Wilhelm IV. geschlossen hatte. Auch die später eingerichtete Dachpappenfabrik musste dem neuen Restaurant weichen. Bedeutsam war die 1838 eingeweihte erste preußische Eisenbahnlinie (Berlin – Potsdam). Das erste in Preußen gebaute Dampfschiff („Prinzessin Charlotte von Preußen“), von dem Engländer Humphreys konstruiert, verkehrte von 1816 bis 1821 regelmäßig zwischen den beiden Städten. Ein anderer Engländer, schon in Preußen erzogen, kümmerte sich später um Dampfschiffe. Er hieß John Barnett, wurde Potsdamer Ehrenbürger und durfte ein Schiff auf seinen Namen taufen (1889). Ein Restaurantschiff, „im“ Tiefen See verankert, erinnert an diesen Pionier, dessen Tüfteleien meist in der „Schiffbauergasse“ stattfanden.

Während der Industrialisierungs-Jahrzehnte wurde die Textilstadt Forst (Lausitz) mitunter als das „Deutsche Manchester“ bezeichnet. Das an der Handelsstraße von Halle nach Glogau liegende Städtchen gehörte früher zu Sachsen, wo Heinrich

von Brühl in Forst das Tuchmachergewerbe sehr förderte und eine Manufaktur gründete. Später an Preußen gefallen, entstand dort eine umfangreiche Textilindustrie. In der Kaiserzeit produzierte der Hoflieferant Theodor Wagler viele „Posamentiersachen“, also Kordeln, Borten und Quasten. Einer seiner Nachfolger schloss 2006 seine Fabrik in Berlin, baute die Webstühle (aus dem Baujahr 1964) in Forst wieder auf und will die Produkte der modernen Posamentier-Manufaktur von dort aus verkaufen. Außerdem plant der neue Unternehmer, einen „Schauraum“ von Posamentierwaren zu errichten. Im Februar 2007 soll der Traditionsbetrieb mit seiner Arbeit beginnen. Weil Forst an der deutsch-polnischen Grenze liegt, werden in der Fabrik vielleicht polnische Arbeiter tätig sein. In ganz Deutschland soll es nur noch wenige Posamentierer geben, die handgemachte Stoffverzierungen herstellen.

Der Abstand der Provinz zur Industrialisierung in Berlin zeigte sich signifikant bei der Zahl der Dampfmaschinen. Den 123 in Berlin arbeitenden (1849) Maschinen standen in den brandenburgischen Regierungsbezirken zwar 188 gegenüber, aber sie waren über das ganze Land verteilt. Daran änderte sich in den kommenden Jahrzehnten wenig. Auch in der (gehobenen) Textilproduktion konnte Brandenburg nicht mit Berlin konkurrieren; es gab allerdings Ausnahmen. Eine Firma exportierte ihre Produkte sogar nach Südamerika. Einen ähnlichen Auslandsmarkt bediente die Hutindustrie aus Guben, die seit der 1822 erfolgten Gründung der Hutmacherei Wilke, die durch die Erfindung wetterfester Hüte zum Mittelpunkt der Hutmacherei aufstieg und Weltgeltung erreichte. Bis in die 20er Jahre blieb Guben Zentrum der europäischen Hutindustrie; 1927 arbeiteten über 7.400 Menschen in der Hutherstellung, die jährlich 10 Millionen Hüte, davon 30 Prozent für den Export, produzierten. In dieser Zeit entstand wohl auch der bekannte Werbespruch für die traditionelle Textilstadt: „Gubener Stoffe, Gubener Hüte, weltbekannt durch ihre Güte.“

Einen Boom erlebten auch die Brennereien, die Ziegeleien und die Baustoffindustrie, insbesondere der Abbau von Kalk (Rüdersdorf) und Gips (Sperenberg). Als die Ziegelei in Glindow, die angeblich „mindestens halb Berlin und noch mehr“ mit Tonsteinen versorgte, über Lieferschwierigkeiten klagte, erfand der Berliner Tüftler Friedrich Eduard Hoffmann 1858 den so genannten „Ringofen“, der sogar patentiert wurde und eine weit höhere Produktion ermöglichte. Während in Glindow 1866 drei Ringöfen errichtet wurden, gab es in der gesamten Ton-Region um 1870 etwa 50.

Von geringer Bedeutung war die Roheisengewinnung (Pleiskehammer, Peitz), die später eingestellt wurde. Für die Metallverarbeitung gab es von alters her das Industriegebiet um Hegermühle im Finowtal mit dem neuen Hauptstandort Neustadt-Eberswalde. Waffen- und Munitionsherstellung erfolgte in Spandau (1854/55 verstaatlicht), Brandenburg/Havel und Landsberg. In Finsterwalde entstand 1829 die erste deutsche Kautschukwarenfabrik, 1852/53 begann die später führende Dachpappenfabrik Deutschlands mit ihrer Fertigung in Eberswalde. Seit 1801 wurde Rathenow zum Zentrum der optischen Industrie. Im Ganzen stieg die Zahl der im Gewerbe tätigen Brandenburger von 89.000 (1849) auf 190.000 (1875). Die meisten arbeiteten 1875 in den Bekleidungs- und Textilgewerben (36 Prozent); in recht großem Abstand folgten Nahrungs- und Genussmittel (11), Baugewerbe (10) und Maschinen/Werkzeuge/Feinmechanik/Optik (9,5 Prozent). Zusammenfas-

send lässt sich sagen, dass um 1870 auch in einigen Fabrikationszweigen der Provinz Mark Brandenburg der Schritt zu Fabrikbetrieben modernen Stils erfolgt war. Eine Reihe mittlerer Unternehmen und einige Großbetriebe begannen die industriellen Konturen zunehmend zu prägen und banden ein erhebliches Arbeitskräftepotential.

Dass im 19. Jahrhundert die Entwicklung der Verkehrsverhältnisse im Großraum Berlin-Brandenburg höchste Priorität besaß, bedarf keiner Begründung. Man konnte hier auf die Vorarbeiten zurückgreifen, die besonders beim Kanalbau schon im 17. und 18. Jahrhundert erfolgt waren. Dagegen ist der Ausbau der Straßen sehr vernachlässigt worden. 1815 gab es in Brandenburg nur 210 km ausgebaute Straßen. Bis 1870 waren daraus 1.445 km Staatsstraßen geworden. Außer den Staatsstraßen gab es noch Bezirks- und Kreisstraßen, deren Beschaffenheit vielfach zu wünschen übrig ließ, und so genannte Aktienstraßen, für deren Benutzung man eine Gebühr zahlen musste. Um die Staatsstraßen nicht zu beschädigen, schrieb die Verwaltung vor, dass die Fuhrwerke im Sommerhalbjahr höchstens 170 Zentner transportieren durften, im Winterhalbjahr 150 Zentner. Dieses Transportgewicht setzte allerdings eine Felgenbreite von 15,6 cm voraus, bei geringerer Felgenbreite war die Last um 25 bis 50 Zentner zu vermindern.

Auch bei der Einführung der Eisenbahn, die schnell zum unentbehrlichen Verkehrsmittel wurde, spielte die brandenburgische Residenzlandschaft eine wichtige Rolle, denn der erste preußische Zug fuhr am 29. Oktober 1838 von Berlin nach Potsdam (26,4 km). Fünf Wochen vorher hatte man den Probetrieb auf der Strecke Potsdam-Zehlendorf aufgenommen (22.9.). Mit dem Ausbau des Schienennetzes, der sich rasch und unaufhaltsam vollzog, erfuhr der Industrialisierungsprozess einen Entwicklungsschub, wie er ihn vorher, auch nicht durch die Dampfmaschine, nie erlebt hatte. Während die Anzahl der Personenwagen in den zwei Jahrzehnten bis etwa 1865 von 403 auf 1.350 zunahm, kletterte der Bestand an Güterwagen im gleichen Zeitraum von 869 auf 14.225. Diese Zahlen zeigen, wo der eigentliche Transport-Schwerpunkt der Eisenbahn im Wirtschaftsraum Berlin/Brandenburg lag.

Die Schattenseiten der Industrialisierung sind bekannt. Die Arbeitszeit in Industrie und Gewerbe lag bei 11 bis 14 Stunden, in Extremfällen ging sie auf 14 bis 16 Stunden hinauf. Dazu kamen eine unzureichende Entlohnung, ungeschützte Maschinen, licht- und luftlose Fabrikräume, unhygienische Umweltbedingungen, Staub, Schmutz, Lärm und katastrophale Wohnverhältnisse. Frauenarbeit, in den Fabriken, auf dem Lande oder sonst wo, wurde grundsätzlich immer schlechter bezahlt. Zu den schlimmsten frühkapitalistischen Ausbeutungspraktiken gehörte die Kinderarbeit, die es auch in Brandenburg gab: Die „Optische Schleifanstalt“ in Rathenow beschäftigte um 1800 nur acht- bis dreizehnjährige Kinder; großen Bedarf hatten auch die Spinnereien und Webereien in Luckenwalde, Cottbus, Neustadt-Eberswalde und Züllichau. In den Cottbuser Spinnereien waren 1839 von 347 Arbeitskräften 121 Kinder unter vierzehn Jahren; 1851 betrug der Kinderanteil 55 Prozent. In beiden Fällen überwogen bei weitem die Mädchen.

Zwischen 1822 und 1850 sollen 600 Bücher erschienen sein, die sich mit dem Problem des ständig zunehmenden Pauperismus beschäftigten. Brandenburg machte

da keine Ausnahme. Viele Familien lebten unterhalb des Existenzminimums, und das Massenelend war weit verbreitet. 1839 erließ Preußen als erstes europäisches Land ein Gesetz gegen die Kinderarbeit. Es verbot die Arbeit für Kinder unter neun Jahren und beschränkte sie bis zum Alter von sechzehn Jahren auf zehn Stunden, wobei Nacht-, Sonntags- und Festtagsarbeit verboten waren. Da viele Familien auf die aus der Kinderarbeit resultierenden Groschen dringend angewiesen waren, stellt sich natürlich die Frage, ob dieses Gesetz auch immer und überall eingehalten worden ist. Und da die Fabrikkinder nur einen kleinen Teil der arbeitenden Jugendlichen ausmachten, blieb das Problem der Kinderarbeit insgesamt fast unverändert bestehen.

So ist es nicht erstaunlich, dass auch in der Provinz Mark Brandenburg die Revolution von 1848 mit vielen sozialen Unruhen verknüpft war. Bereits im März 1848 wurden die ländlichen Gebiete der Provinz von einer Welle sozialer Proteste erfasst; ein zweites Zentrum bäuerlicher Unruhen lag in der Neumark, während das unmittelbare Echo auf die Berliner Märzereignisse in den Städten der Provinz eher gering blieb. Ohne auf Einzelheiten einzugehen, sei nur erwähnt, dass die Kräfte der Gegenrevolution, die schließlich triumphierten, sich in der Provinz Mark Brandenburg organisierten. Der König hatte am 26. März seine Residenz von Berlin nach Potsdam verlegt. Von dort gedachte er, unbedrängt von seinen „lieben Berlinern“, die Geschicke Preußens besser lenken zu können. Auch der Abgang der preußischen Revolution fand in der Provinz Mark Brandenburg statt. Die preußische Nationalversammlung wurde aus dem Berliner Schauspielhaus (heute: Konzerthaus) nach Brandenburg a.d.H. verlegt, und nach drei abgehaltenen Sitzungen am 5. Dezember 1848 vom König aufgelöst. Damit war die Revolution in Preußen praktisch beendet. Wie in anderen Provinzen brachte sie auch in Brandenburg eine mehrjährige Unterbrechung des wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses; langfristig waren aber die revolutionären Erschütterungen nicht stark genug, um auf die Dauer den Weg Brandenburgs zu einer eigenständigen Agrar- und Industrieprovinz zu verhindern.

1.1.5. Von der Reichsgründung bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges

Als Berlin 1871 von der preußischen Hauptstadt zur Reichshauptstadt aufstieg, beschleunigten sich der demographische Zuwachs und das wirtschaftliche Wachstumstempo der Metropole. Das führte dazu, dass Berlin aus dem Verwaltungsgebiet Brandenburg herausgelöst wurde. Bereits 1875 beschlossen, erfolgte 1881 die formale Abtrennung der Stadt von der Provinz Mark Brandenburg. Berlin bildete künftig einen eigenen Stadtkreis.

Die Haupteinkommensquellen der Berliner Bevölkerung waren nach wie vor Industrie, Handwerk, Handel und Verkehr, während die Bewohner Brandenburgs ihren Lebensunterhalt hauptsächlich aus der Landwirtschaft bestritten. Während in Berlin die Außenbezirke auch in demographischer Hinsicht am stärksten expandierten, entfiel der Bevölkerungszuwachs Brandenburgs hauptsächlich auf das bis zu 30–50 km von Berlin entfernt gelegene Umfeld (heute: „Speckgürtel“) sowie

auf das Niederlausitzer Industriegebiet. Um 1910 lebten von den knapp 40 Millionen Einwohnern Preußens etwa 4 Millionen in der Provinz Mark Brandenburg und 2 Millionen im Stadtkreis Berlin. In diesen Jahrzehnten wuchs die Großstadt unaufhaltsam und oft unkontrollierbar weiter in das Umland hinein, so dass es zu mehreren Eingemeindungen kam (1861, 1878, 1881, 1915, 1920 [s.u.]).

Im Gefolge von Berlin und seinen Trabantenstädten waren es vor allem sieben brandenburgische Orte, die sich nach 1871 zu respektablen Industrie- und Verkehrsstädten entwickelten: Brandenburg a.d. Havel, Forst, Küstrin, Rathenow, Senftenberg, Sorau und Wittenberge. Auch der Fremdenverkehr begann eine Rolle zu spielen, genannt seien Potsdam als Residenzstadt, Lübben als Zentrum des Spreewaldes, Buckow als Mittelpunkt der Märkischen Schweiz, Freienwalde als Sol- und Moorbad und Rheinsberg als früherer Aufenthaltsort des Kronprinzen Friedrich und seines Bruders Heinrich.

Bedingt durch die relativ guten Arbeitsmöglichkeiten, wurde der Raum Berlin-Brandenburg um die Jahrhundertwende zu einem Zentrum der Binnenwanderungsbewegung in Deutschland. Arbeitsplätze waren reichlich vorhanden. Die in Berlin angesiedelten Industriezweige wie Maschinenbau, Elektroindustrie, Chemie und Konfektion erweiterten sich durch Zweigbetriebe am Rande der Stadt. So entstanden industrielle Vorortsiedlungen. Der Tausende von Arbeitskräften bewegende Pendelverkehr begünstigten die Entstehung und den Ausbau von „Trabantenstädten“ wie Spandau, Tegel, Siemensstadt, Oranienburg, Hennigsdorf, Teltow oder Fürstenwalde.

Etwas weiter entfernt lag die Gegend um Zehdenick, wo man eher zufällig beim Eisenbahnbau riesige Tonlager entdeckte. Der ersten Ziegelbrennerei, die 1881 in Mildenberg (nördlich von der Gransee – Zehdenick – Verbindung) errichtet wurde, folgten viele andere, denn das aufstrebende Berlin hatte einen riesigen Bedarf an Ziegeln. Die bei Zehdenick vorhandenen 63 „Ringöfen“ lieferten 625 Millionen Ziegel im Jahr; in Mildenberg rauchten über tausend Schornsteine, und etwa 6.000 Arbeiter waren in den Ziegeleien tätig. Die Mildenberger Ziegeleien sollten zum größten Ziegelproduzenten Europas werden. Hauptproduktionszeit war von April bis November, weil im Winter die erforderlichen Brennstoffe zu teuer waren. Seit 1921 lieferte eine große Dampfmaschine die Wärme für die Öfen. Wichtige Transportmittel waren die auf Schmalspur fahrende Ziegeleibahn („Zehdenix“, 1924) und die ältere, stärkere und breitere „Tonlorenbahn“. Bis nach der Wende wurde hier gearbeitet. Heute ist der seit 1997 angelegte „Ziegeleipark Mildenberg“ ein prachtvolles Industriedenkmal von 32 Hektar Größe, das ein vielfach interessantes Touristenziel ist.

Ein anderes Ziegelei-Dörfchen war das südwestlich von Potsdam gelegene Glindow. Für den seit 1462 urkundlich verbrieften Tonabbau arbeiteten besonders in der Industrialisierungsphase ganze Familien. Auch weil durch die (patentiertere) Erfindung des „Ringofens“ (1858) eine viel höhere Produktion erzielt wurde (14 Kammern mit je 30 Kubikmetern und 1.016 Grad Hitze) sollen im frühen 20. Jahrhundert jährlich etwa drei Milliarden Steine auf dem Wasserweg nach Berlin transportiert wurden. Von den Ringöfen sind noch zwei erhalten. Neben einem 1962 stillgelegten Exemplar, wurde der andere 1967 rekonstruiert und arbeitete zuerst für

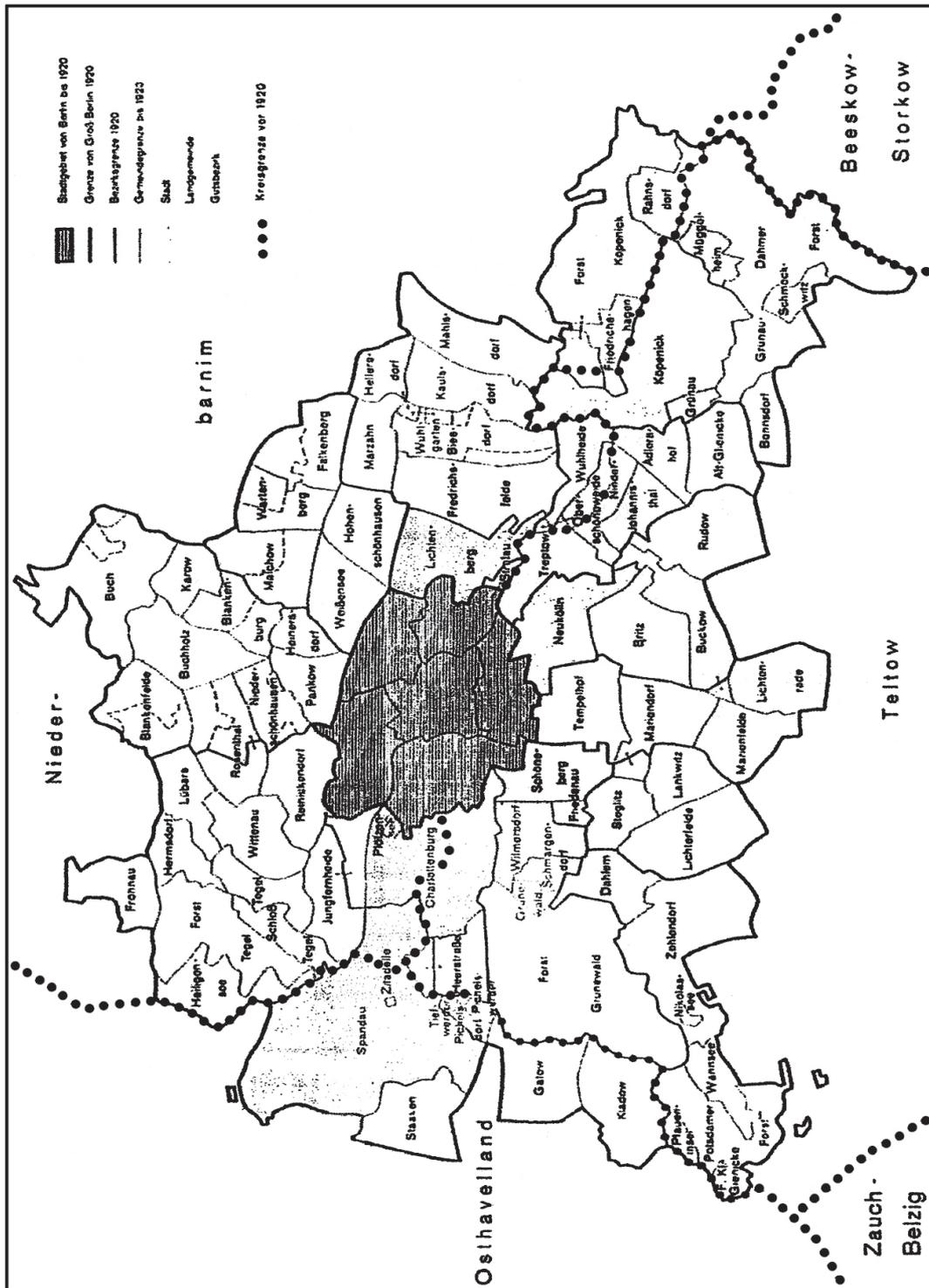
Werbezwecke. Nach der Wende wurde die Glindower Ziegelei GmbH (inzwischen umgetauft in „Neue Ziegel-Manufaktur“) gegründet, die eine Tonwerkstatt unterhält und seit 1993 das „Märkische Zieglmuseum“ beaufsichtigt. Dieses Museum befindet sich in dem zweiten „Ringofen“, der 1890 von einem Ziegelei-Unternehmen namens Krumbiegel gebaut wurde und heute als „Aussichtspunkt“ (knapp 15 Meter) auf die „Glindower Alpen“ (Abraumhalden) besucht wird. Seit 1990 verlasen wieder Ziegel- und Formsteine die Ringofen-Produktion.

Berlin, seit langem die größte deutsche Industriestadt, legte ein atemberaubendes Entwicklungstempo vor. Die erste Million war 1880 überschritten, die zweite 1915. Die Grenzen zwischen der eigentlichen Stadt und ihren Schwester- und Trabantenstädten liefen mitten durch das Häusermeer. Die Stadt war über ihre bisherigen Funktionen als Haupt-, Residenz-, Handels- und Gewerbestadt hinaus zu einem riesigen Industrie-, Verkehrs- und Dienstleistungszentrum herangewachsen. Damit stellten sich administrative und planerische Aufgaben, wie es sie bisher nicht gegeben hatte. Weil die Umsetzung dieser Überlegungen kein berlinspezifisches Problem war, sondern auch das brandenburgische Umland betraf, muss es hier erwähnt werden.

Zur Diskussion und für eventuelle „Probelaufe“ wurde 1912 der so genannte „Zweckverband“ gegründet. Berlin, Spandau, Charlottenburg, Wilmersdorf, Schöneberg, Neukölln und Lichtenberg gehörten ihm an, doch zuerst passierte wenig. Erst unter dem Druck der Kriegswirtschaft, die alle Beteiligten enger zusammenrücken ließ, konnten die vielfältigen Querelen überwunden werden, so dass die verfassunggebende preußische Landesversammlung am 27. April 1920 die Bildung der „Stadtgemeinde Berlin“ beschloss. Damit verlor die Provinz Mark Brandenburg rund 800 Quadratkilometer mit 1,9 Millionen Einwohnern und mit zwei Dritteln ihres gesamten Steueraufkommens; das neue Berlin, manchmal auch Groß-Berlin genannt und 878 Quadratkilometer groß, entstand aus den acht Städten Berlin, Charlottenburg, Köpenick, Lichtenberg, Neukölln, Schöneberg, Spandau und Wilmersdorf, aus 59 Landgemeinden und 57 Gutsbezirken (siehe Abb. 2).

Obwohl die Provinz Mark Brandenburg trotz der sich seit 1875 abzeichnenden Trennung von Berlin mit der Hauptstadt ökonomisch eng verbunden blieb, lässt sich seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts ein tiefgreifender wirtschaftlicher Strukturwandel feststellen: Im Brandenburgischen verdrängte die Industrie nach und nach die Landwirtschaft aus der führenden Rolle, die sie bisher gespielt hatte. In Brandenburg a.d.H. expandierte der Maschinenbau, in Eberswalde das Metallgewerbe, in Rathenow die Optik und in der Niederlausitz der Braunkohlenabbau. Wichtig war in dieser Region auch die Tuchindustrie, die sich aufgrund moderner Produktionsmethoden vor allem in den Städten Cottbus, Forst und Sorau etablierte. Schon seit dem 19. Jahrhundert galt das in der Niederlausitz gelegene Cottbus als wohlhabendes Zentrum der Textilherstellung, das sich, wie auch Chemnitz, 1908 sogar einen Theaterbau im Jugendstil leisten konnte. Etwa zur gleichen Zeit erlebte Guben durch die Industrialisierung einen enormen Aufschwung seiner traditionellen Tuchmacherei. Hergestellt wurden vor allem Mantelstoffe, die in die ganze Welt gingen. Aus England kamen die Maschinen und das technische Wissen in die Stadt in der Niederlausitz.

Abb. 2: Berlin in den Grenzen von 1920 mit den aus der Provinz Brandenburg eingemeindeten Städten und Gemeinden (K. Bremer)



Eine Besonderheit war die Filmindustrie, die ihre Wiege 1911/12 in Babelsberg hatte. Hier wurde auf dem Gelände einer ehemaligen Rübenfabrik, in der Futter- und Düngemittel hergestellt worden waren, die spätere Filmstadt errichtet. Filialbetriebe

der Berliner Großindustrie entstanden um die Jahrhundertwende in den Übergangszonen zwischen Metropole und Provinz (Tegel, Falkensee, Hennigsdorf, Spandau, Babelsberg, Wildau, Fürstenwalde, Erkner). Zwischen Charlottenburg und Spandau ließ sich seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert die Firma Siemens nieder, nach der 1914 der ganze Ortsteil (Siemensstadt) benannt wurde.

Immer stärker wurde die Provinz Mark Brandenburg mit ihren 3.000 Seen, ihren Laub- und Nadelwäldern, einigen Kurorten (1924: „Bad“ Freienwalde [Rheuma-Kurort]; 1925: „Bad“ Liebenwerda u.a.) und den vielen Landwirtschafts- und Obstbaugebieten (Werder) als wichtiges Erholungsgebiet, als so genannte „Sommerfrische“, von den Berlinern auch touristisch erschlossen. Dazu trug ein kontinuierlich ausgebautes Verkehrssystem bei. Die von Berlin in alle Himmelsrichtungen ausgehenden Eisenbahnverbindungen durchquerten samt und sonders die Provinz Mark Brandenburg, die auf diese Weise indirekt durch Haupt- und Nebenstrecken gut erschlossen wurde. Wichtig war auch weiterhin der Kanalbau, der dafür sorgte, dass Berlin auf dem Wasserwege mit Hamburg, Magdeburg, Dresden, Stettin, Frankfurt/Oder, Breslau, Warschau, Danzig und Königsberg in Verbindung stand.

Etwa gleichzeitig („Ende der 20er Jahre“) muss auch die an der Bahnstrecke Berlin-Küstrin (1865) gelegene Siedlung Buckow den Beinamen „Bad“ bekommen haben. Berühmt war das Städtchen als „Luftkurort“, und schon Friedrich Wilhelm IV war häufiger Kurgast. Angeblich war der Bahnhof die beliebteste Ausstiegstation. In der Ortsmitte gab es bis 1962 eine „Warmbadeanstalt“ mit „Duschen und Brausen aller Art“, auch mit Fichtennadel, Seesalz, Sol und Schwefel. Heute befindet sich hier die Touristeninformation, die von hier aus für die „Märkische Schweiz“ wirbt.

Trotz der durch die große Eingemeindung von 1920 erlittenen Nachteile blieb die Provinz Mark Brandenburg mit der Hauptstadt eng verbunden. Aus den Randgebieten pendelten weiterhin zahlreiche Arbeitskräfte in die Stadt. Mit der Elektrifizierung und dem Ausbau der Vorortbahnen, die sternförmig von Berlin ausgingen, nahm diese Bewegung weiter zu, wie umgekehrt die Aussiedlung von Berlin in die Randgebiete wuchs. Stadt und Provinz befanden sich in einer wechselseitigen Abhängigkeit. Ende der 20er Jahre stammten 42 Prozent der nach Berlin eingeführten Güter aus dem brandenburgischen Umland, während 48 Prozent der Berliner Ausfuhr in die Provinz gingen. Die brandenburgische Landwirtschaft produzierte 35 Prozent des in Berlin verbrauchten Getreides, 76 Prozent der Milch, 64 Prozent der Kartoffeln sowie 20 Prozent des in der Stadt verzehrten Fleisches. Von den aus Brandenburg nach Berlin gelieferten Roh- und Brennstoffen gewannen die verschiedenen Baustoffe sowie vor allem die Lausitzer Braunkohle (Briketts) zunehmend an Bedeutung.

Insgesamt entwickelten sich während der Weimarer Zeit Landwirtschaft und Industrie, Handel, Gewerbe und Verkehr in der Provinz Mark Brandenburg weder einheitlich noch kontinuierlich. Nach der unmittelbaren Nachkriegskrise, die mit der Umstellung von der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft zusammenhing, folgte ein erster kurzer Aufschwung, der aber schon 1920 durch Krisenerscheinungen und die wachsende Inflation unterbrochen wurde. Die wenigen Jahre der Stabilisierung, des wirtschaftlichen Aufschwungs und der anziehenden Konjunktur brachten einen

kräftigen Modernisierungsschub für die Wirtschaft Brandenburgs, der jedoch von Zwischenkrisen unterbrochen wurde, die branchenbezogen und regional von unterschiedlicher Intensität waren. Die Weltwirtschaftskrise, zuerst in der Landwirtschaft spürbar, erfasste schließlich alle Wirtschaftszweige und hatte tiefgreifende soziale und politische Folgen.

Der Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft im Deutschen Reich wurde auf besondere Weise mit der Provinz Mark Brandenburg verknüpft. Die erste Sitzung des am 5. März 1933 neugewählten Reichstages wurde in Form eines feierlichen Staatsaktes in der Potsdamer Garnisonskirche begangen. Dieser so genannte Tag von Potsdam (31. März 1933) mit seinem symbolischen Händedruck zwischen dem greisen Reichspräsidenten v. Hindenburg und dem neuen Reichskanzler Hitler war eine von Goebbels inszenierte propagandistische Meisterleistung, welche die Zusammenarbeit des alten und des neuen Deutschland symbolisieren sollte.

Über die Einbindung Brandenburgs in den nationalsozialistischen Verwaltungs- und Regierungsapparat muss hier nicht berichtet werden. In wirtschaftlicher Hinsicht profitierte Brandenburg wie alle anderen Provinzen natürlich von der bald in den Vordergrund tretenden Rüstungswirtschaft. Dabei kam Brandenburg die (falsche) Auffassung der so genannten Experten zugute, dass im Falle eines Luftkrieges die Reichweite der Bombenflugzeuge nicht über eine von Hamburg nach München gehende Linie hinausreichen würde. Unter dieser Voraussetzung wurde festgelegt, dass der Schwerpunkt der kriegs- und lebenswichtigen Betriebe des Deutschen Reiches vorwiegend im Raum Berlin-Brandenburg liegen müsse. Das traf sich mit Überlegungen neuer Industriezweige, die vorwiegend militärtechnisch orientiert waren und die seit 1935 in der Großstadt Berlin immer weniger Platz hatten. Industrieforschung auf dem Gebiet der Luftfahrt, die Anfänge des Raketenbaus, Neuentwicklung bei der Motorenherstellung, bei der Feinmechanik und bei der Mess-, Steuer- und Regeltechnik wären hier zu nennen. Erwähnenswert sind beispielsweise die Flugzeugwerke von Heinkel (Oranienburg, Germendorf), Henschel (Schönefeld) und Arado (Brandenburg, Rathenow) sowie die ebenfalls in Brandenburg zusammengefasste LKW-Produktion der Firma Opel.

Da die Flugzeugindustrie und auch die Piloten „kriegsfähig“ gemacht werden mussten, wurden überall in Deutschland Militärflugplätze gebaut. In Brandenburg gehörten Sperenberg und Wittstock dazu. Wittstock an der Dosse, frühere Residenz des Bischofs von Havelberg, wurde bereits 1937 von der Wehrmacht zum „Sperrgebiet“ erklärt. Auch hier wurde der Militärflugplatz nach 1945 von den Russen übernommen. Fuchsberger und Schmeling erlernten dort die Grundzüge des Fallschirmspringens.

Trotz der rüstungspolitischen Zwänge ist es bei der Landesplanung in der Zeit nach 1933 nicht zu einer engen Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg gekommen. Nach wie vor dominierte auf beiden Seiten eine eigentümliche Konkurrenzmentalität, die im Grunde schon seit der wilhelminischen Zeit bestand. In der Sicht der Brandenburger beuteten die Berliner die Mark mit verschiedenen Methoden aus; in der Sicht der Berliner war die Mark eine mit einer etwas rückständigen Bevölkerung besetzte Landwirtschafts- und Fremdenverkehrslandschaft, die man dank des gut ausgebauten Vorortverkehrs mit der Reichshauptstadt rasch zur Erholung auf-

suchen konnte. Großstadtstolz und Brandenburg-Mythos, Prestigedenken und Sozialneid spielten bei dieser gegenseitigen Einschätzung sicher eine wichtige Rolle.

Als der „Zweite Mann im NS-Staat“, Hermann Göring, 1933 ein etwa 20 Hektar großes Waldstück in der gut 50 Kilometer nördlich von Berlin liegenden Schorfheide (zwischen dem Großdöllner See und dem Wuckersee) vom „Führer“ geschenkt bekam, begann er mit dem Bau eines pompösen Landhauses, das er zur Erinnerung an seine 1931 verstorbene erste Frau, einer schwedischen Adligen, Carinhall nannte. Hier war Platz für seine große Kunstsammlung, die zumeist aus Beutekunst bestand. Mit Staatsgästen ging der „Reichsjägermeister“ häufig auf Jagdausflüge. Da Carinhall von der SS am 28. April 1945 gesprengt wurde, blieben nur ein paar Trümmerstücke zurück, die von der Roten Armee gefunden wurden. Die Aufstellung einiger Wegweiser, die 1993 gescheitert war, wurde 2002 durch die Arbeitsagentur Eberswalde angeschoben und durch zwei Ministerien „irrtümlich“ mit 18.640 € finanziert. Ob die 199 Schilder (mit Steuergeldern restauriert oder neu aufgestellt) in der Schorfheide bleiben werden, ist Sache der Bürokratie.

Auch „der Dritte Mann im NS-Staat“, Joseph Goebbels, erhielt ein riesiges Grundstück in der Schorfheide. Diesmal kam das Geschenk nicht vom „Führer“ oder irgendeinem Ministerium, sondern von der Stadt Berlin. Das von ihm bewohnte Haus wurde nach dem benachbarten Gewässer „Bogensee“ genannt. Später wurde in der Nähe noch ein palastartiges Bauwerk errichtet. Nach 1945 wurde aus dem Neubau ein internationales Führungshaus für die FDJ. Seit der Wende steht das doppelte Ensemble zum Verkauf.

Eine Besonderheit für die Position der Mark Brandenburg während des Zweiten Weltkrieges, die auch wirtschaftliche Konsequenzen hatte, ergab sich aus der Konzentration der militärischen Kommandospitzen. Diese verließen zu großen Teilen Berlin und errichteten in und um Wünsdorf und Zossen ihr Hauptquartier. In den dortigen Bunkeranlagen, die teilweise bereits in den 30er Jahren entstanden waren, saß auch die militärische Nachrichtenzentrale des OKW. Insgesamt befand sich in diesen Bunkern und Baracken das eigentliche Arbeitsgremium der militärischen Führung.

Dass sich die alliierten Bombenflugzeuge nicht an die Linie München-Hamburg hielten, wusste man in Brandenburg, nachdem im Spätherbst 1943 erste gezielte Angriffe auf Städte und Gemeinden in der Nähe von Industrieanlagen und militärischen Objekten jenseits dieser Linie erfolgt waren. Die schwersten Luftangriffe fanden zwischen März und Mai 1944 statt; weitgehend zerstört wurden (außer den Flugzeug Werken von Heinkel, Focke-Wulf [Cottbus] und Arado), um nur einige Beispiele zu nennen, die Kurmärkische Zellwollefabrik, die Märkischen Ölwerke, die Nähmaschinenfabrik von Singer, die Norddeutsche Motorenfabrik, eine Flugzeugmotoren-Fabrik von Daimler-Benz und die Flugplätze in Cottbus, Sorau und Neuhausen. Während sich die Angriffe in diesen Jahren überwiegend auf Industrie- und Verkehrsanlagen richteten, sind die verheerenden Luftangriffe auf Potsdam (14./15.4.), Brandenburg (31.3., 20.4.) und Zerbst (16.4.1945) in ihrer militärischen Bedeutung bis heute umstritten.

Für die Zeit vom 1.4.1943 bis zum 31.12.1944 haben die NS-Behörden für die Regierungsbezirke Frankfurt und Potsdam Schäden in Höhe von 4,3 bzw. 72,9 Milli-

onen RM ermittelt. Obwohl diese Angaben sicher nur als Annäherungswerte gelten können, geben sie doch einen Eindruck von den Zerstörungen, unter denen die Provinz Mark Brandenburg zu leiden hatte. Was von der brandenburgischen Industrie nach den zahlreichen Luftangriffen noch übrig geblieben war, wurde in den letzten Monaten des Krieges, nicht zuletzt bei der so genannten „Schlacht um Berlin“, zerstört.

Vor der letzten Schlacht im Osten musste die Rote Armee die Überquerung der (teilweise zugefrorenen) Oder bewerkstelligen. Erster Brückenkopf war das Fischerdorf Kienitz, das die russische Armee am 31.1.1945 eroberte (1970: T 34-Denkmal im Dorf). Weiter südlich lag die nach Berlin führende Reichsstraße 1. Um diesen Weg zu versperrern, blockierten zahlreiche deutsche Truppen diese Straße und verschanzten sich auf den „Seelower Höhen“. Als die Rote Armee sich durchgesetzt hatte, war der Weg zur Reichshauptstadt frei. Noch heute wird das Schlachtfeld, wo auf beiden Seiten hohe Verluste zu beklagen waren, von vielen Touristen besucht. Die Schlacht bei den „Seelower Höhen“ (im Brandenburgischen) war die vorletzte bedeutende militärische Konfrontation; was noch kam, war die (nur russische) Eroberung von Berlin.

1.2. MECKLENBURG-VORPOMMERN: VOM MULTI-TERRITORIUM ZUM DOPPELLAND

1.2.1. Ein besonderer Anfang

Mecklenburg-Vorpommern ist das jüngste der neuen Bundesländer. Es entstand erst 1945, als die sowjetische Besatzungsmacht zwei Landesteile zusammenlegte, die historisch noch nie ein gemeinsames Territorium gebildet hatten. Das „neue“ Land war eine reine Verwaltungseinheit und bestand aus dem etwas größeren Mecklenburg und einem Restteil der früheren preußischen Provinz Pommern. Die abgetrennten Regierungsbezirke Köslin, Schneidemühl sowie zum größten Teil Stettin gehörten zum Oder-Neisse-Gebiet. Von den 38.400 Quadratkilometern ganz Pommerns blieben für den neuen Landesteil „Vorpommern“ kümmerliche 7.100 Quadratkilometer.

Mecklenburg und Vorpommern waren Stiefkinder der deutschen Geschichte. Selbst Mecklenburg hatte immer nur eine sehr geringe Ausstrahlungskraft; „kaum einmal sind wesentliche Impulse für die deutsche Geschichte von hier ausgegangen, und in den zahlreichen Kriegen, welche Mecklenburg überzogen, sah sich das Land fast immer in der Rolle eines gründlich ausgeplünderten Nebenschauplatzes“ (Hamann). Zu der ungünstigen geographischen Lage im toten Winkel zwischen Elbe und Oder kam die wenig glückliche Politik der Fürsten und eine kulturell-geistesgeschichtliche Reserve, die den Niederdeutschen insgesamt eigen ist. Beide Landesteile mit ihrem großen agrarischen Hinterland gehörten von jeher zu den wirtschaftlich rückständigsten Gebieten Deutschlands.

Wie kam es nun, dass dieses nicht gerade attraktive Land 1945 mit einem Rest (18% der Fläche) der „abgetretenen“ preußischen Provinz Pommern zu Mecklenburg-Vorpommern geworden ist?